

Berichte und Studien Nr. 22

Friedliche Revolution in Sachsen

Das Ende der DDR und die Wiedergründung
des Freistaates

Sigrid Meuschel/Michael Richter/Hartmut Zwahr

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden



Sigrid Meuschel/Michael Richter/Hartmut Zwahr

Friedliche Revolution in Sachsen

Das Ende der DDR und die Wiedergründung
des Freistaates

Berichte und Studien Nr. 22

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden

Sigrid Meuschel/Michael Richter/Hartmut Zwahr

Friedliche Revolution in Sachsen

Das Ende der DDR und die Wiedergründung
des Freistaates

Dresden 1999

Die hier wiedergegebenen, weitgehend in Vortragsform belassenen Referate wurden in einer der Sektionen des Hannah-Arendt-Forums 1999 gehalten, das am 5./6. Juli in der Dresdner Dreikönigskirche stattfand. Es widmete sich dem Thema „1989. Die demokratische Revolution in Europa“.

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden
Tel. (0351) 463 2802, Fax (0351) 463 6079
Layout: Walter Heidenreich
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus GmbH, Dresden
Printed in Germany 1999

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar gewünscht.

ISBN 3-931648-24-9

Inhalt

<i>Sigrid Meuschel</i> Stabilität und Instabilität der DDR	7
<i>Hartmut Zwahr</i> Die demokratische Revolution in Sachsen: „Wir sind das Volk!“	23
<i>Michael Richter</i> Von der friedlichen Revolution zum Freistaat Sachsen	45
Die Autoren	59

Stabilität und Instabilität der DDR

I.

Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß kommunistische Regime immer von einer eigentümlichen Mischung aus Stabilität und Instabilität geprägt waren.¹ Betrachtet man ihre Zielsetzung, so wollten sie alles andere als stabil sein, nämlich dynamisch; ihr Ziel war es ja gerade, die Verhältnisse zu revolutionieren. Aber der politische Prozeß mündete nach einer Kette von Mobilisierungsstrategien schließlich in Stagnation. Dieser Immobilismus, gemeinhin mit dem Namen Breschnjews verbunden, ist freilich nicht mit Stabilität zu verwechseln. Vielmehr zwang er die herrschenden Parteien des sowjetischen Hegemonialbereichs entweder zu Reformen – wie in Ungarn, Polen, letztlich unter Gorbatschow in der Sowjetunion selbst; oder er führte sie aus dem zähen Verharren in der Stagnation direkt in Revolution und Untergang – wie in der DDR und der ČSSR.

Von einem anderen Blickwinkel aus, der sich nicht auf Ziel und Prozeß, sondern auf die Struktur ihrer Institutionensysteme konzentriert, konnten die Regime fast schon als ultrastabil erscheinen. Gerade Totalitarismustheorien haben hervorgehoben, daß und wie sich die Partei die Gesamtheit der staatlichen Institutionen und der gesellschaftlichen Organisationen zu- und unterordnete. Ihrem totalen Anspruch auf Planung, Lenkung und Kontrolle korrespondierte die Konstruktion des Staates als „Hauptinstrument“ der Partei mitsamt der Gewalteneinheit von Legislative, Exekutive und Judikatur. Ihrem allumfassenden Führungsanspruch entsprach außerdem die Unterdrückung des politischen Pluralismus der „verbündeten“ Parteien (so vorhanden) sowie der Verbände und Assoziationen jedweder Art. Nicht zuletzt beraubte die Führungsrolle der Partei die Gesellschaft eigenständiger Handlungsbereiche in dem Maße, in dem die Partei die Ökonomie, das Recht und die kulturelle Sphäre ihrer Machtpolitik unterwarf. Stabilität verdankte sich (den meisten) Totalitarismustheorien zufolge dem gewaltsamen Ende, das die kommunistische Herrschaft der zuvor mehr oder weniger stark ausgeprägten Zivilgesellschaft mit ihren ausdifferenzierten Subsystemen und intermediären Institutionen setzte. Die Macht der Partei beruhte auf der Entmachtung der Gesellschaft; anders gesagt: Je mehr Hand-

1 Ich skizziere im folgenden allgemeine Bedingungen der Stabilität und Instabilität kommunistischer Systeme, gehe dann auf den speziellen Fall der DDR ein und diskutiere im dritten Teil die revolutionäre Destabilisierung im Herbst 1989.

lungsräume der Gesellschaft gelassen wurden oder aber sie sich zurück-
eroberte, desto weniger total war die Diktatur.

Kombiniert man beide Blickwinkel – Ziel und Prozeß zum einen, die
Struktur der Institutionenordnung zum andern – dann entpuppt sich das
Herrschaftssystem als permanente Mischform aus Stabilität und Instabilität,
aus einer geronnenen Struktur und ihren Dysfunktionen. So erwiesen sich
gerade das Wissensprivileg und die Rationalität, die die Partei für ihr Politik-
monopol reklamierte, als intellektuelle Kopfgeburt des modernen teleologi-
schen Denkens. Die Idee, die Welt am Reißbrett entwerfen zu können, zer-
schellte an den Niederungen des Alltagshandelns, beispielsweise an der
Gleichzeitigkeit von Unter- und Überinformation der Herrschenden. Über-
dies machten die Selbstblockaden des mono-organisatorischen Zentralismus
die Vorstellung einer politisch einheitlich handelnden Bürokratie zuschan-
den. Denn in der Realität stellten sich personelle und informelle Beziehun-
gen als unabdingbar heraus, sollte der Parteistaat nicht allein „ideologisch
rein“ sein, sondern auch Effizienz verbürgen. Nicht zuletzt bestand ein Miß-
verhältnis von Überpolitisierung und Entpolitisierung der Beherrschten; sie
ließen sich weder mit Gewalt noch mit materiellen Zugeständnissen auf
Dauer für die Ziele mobilisieren, die die Partei vorgab.²

Die Gleichzeitigkeit von Stabilität und Instabilität, von Dynamik und
Stagnation war der Parteidiktatur immanent. Dieses prekäre Verhältnis läßt
sich vor allem zurückführen auf den grundsätzlichen Widerspruch zwischen
den ideologisch gesetzten Zielen und den machtpolitischen Mitteln, die zum
Zielverfolg nicht taugten. Jedoch konnten allein diese Ziele und Mittel die
Legitimationsansprüche der Macht aus Sicht ihrer Befürworter rechtfertigen;
außerdem mußten sie die Loyalität der ideologisch Desinteressierten
sichern. Die Ziele bestanden (ursprünglich) darin, die Utopie zügig zu reali-
sieren, auf dem Wege dorthin die Produktivkräfte zu revolutionieren und
dabei zugleich den Idealen der sozialen Gleichheit und gesellschaftlichen
Harmonie nahekommen. Als Mittel beanspruchte die Partei alle Macht,
um die allumfassende Umwälzung ausschließlich nach Maßgabe ihres angeb-
lich wissenschaftlichen Wissens zu gestalten. Doch die Kehrseite dieses
Machtmonopols – die ihrer Eigenständigkeit beraubte Gesellschaft – erwies
sich einerseits als Hemmnis des Zielverfolgs, den die Partei andererseits nur
bei Strafe des sofortigen Legitimationsverlusts aufgeben konnte.³ Grenzen
der Diktatur lagen auch in der Unmöglichkeit der Einheit und Rationalität

2 Zu den strukturellen Dysfunktionen immer noch exzellent Karl Deutsch, *Cracks in the Monolith. Possibilities and Patterns of Disintegration in Totalitarian Systems*. In: C. J. Friedrich (Hg.), *Totalitarianism*, Harvard 1954, S. 308–333.

3 Klaus von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a. M. 1994, S. 29ff., weist darauf hin, daß nur die Zusammenschau jedenfalls der ökonomischen und politischen Konstellationen ein hinreichend komplexes Bild von Stabilisierung- und Destabilisierungspotentialen bieten kann.

der Bürokratie und letztlich darin, daß die Bedürfnisse der Individuen nicht planbar sind.⁴

Reformanstrengungen sollten diese Situation, die auch die Herrschenden nicht befriedigen konnte, beheben; allerdings durften sie die Grundkonstellation nur korrigieren, um nicht den Bestand des Ganzen zu gefährden. Reformen traten in verschiedenen Phasen innerhalb des gesamten sowjetischen Hegemonialbereichs auf, doch ihre konkrete Ausgestaltung unterschied sich von Land zu Land. Darin liegt eine der Ursachen dafür, daß die sozialistischen Länder so unterschiedliche Wege aus dem Sozialismus nahmen, als ihnen sich diese Möglichkeit plötzlich eröffnete. Die Fehlfunktionen der Diktatur boten freilich nicht allein Anstoß zu Reformen, mit denen sich Hoffnungen auf Stabilität und Effizienz verbanden. Indem den Korrekturen selbst Grenzen gesetzt waren, solche des Machterhalts, waren sie ebenso Anlaß für Resignation und Zynismus, sei es in den höheren oder niederen Rängen des Apparats oder in der Gesellschaft insgesamt. Neben systemadaptiver Initiative wohnte aber nicht nur die Alternative des Rückzugs, sondern auch ihr Gegenteil: das Umschlagen latenter in offene soziale Konflikte, in bewußte Verweigerung oder in politische Opposition.

Die Sozialwissenschaften konnten aus der Gleichzeitigkeit von Stabilität und Instabilität, die durchaus bekannt war, keine Prognosen über die Dauerhaftigkeit oder den nahenden Untergang der Regime ableiten. Denn die Geschichte des Aufstiegs, des Wandels und des schließlichen Endes der Parteidiktaturen ist nicht allein aus ihren Widersprüchen, also als systeminterner Prozeß zu erklären. Vielmehr spielten die externen Rahmenbedingungen eine ebenso große Rolle. Sie konnten dazu angetan sein, die Systemkonflikte und -defizite entweder zu neutralisieren oder aber zu verschärfen.⁵ Diktaturen enden nicht notwendig an ihren hausgemachten Problemen, sondern Adam Przeworski⁶ zufolge aus vier möglichen Gründen: wenn sie ihren Zweck erfüllt haben (das scheidet für marxistisch-leninistische Diktaturen aus), wenn ihre Eliten in Konflikt geraten, wenn die internationale Lage sich ändert oder wenn sie des Legitimitätsglaubens und der Loyalität verlustig gehen.

II.

Damit komme ich zu Stabilität und Instabilität in der DDR. Das Ende der SED-Herrschaft – so meine These – wurde vornehmlich von den beiden letztgenannten Faktoren verursacht: dem Zusammenwirken der sich ändern-

4 So Ferenc Feher/Agnes Heller/György Markus, *Dictatorship Over Needs*, Oxford 1983.

5 Johann P. Arnason, *Totalitarismus und Modernisierung*. In: Lars Clausen (Hg.), *Gesellschaft im Umbruch*, Frankfurt a. M. 1996, S. 163.

6 Przeworski bezieht sich – wie die Transitionsforschung vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime insgesamt – auf autoritäre Diktaturen; zur Applikation auf die sozialistischen vgl. von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, S. 52ff.

den internationalen Lage in den achtziger Jahren mit dem Zerfall von Legitimitätsglauben und Loyalität, der schon lange zuvor eingesetzt hatte.⁷ Beginnen wir mit diesem Erosionsprozeß. Kein Herrschaftssystem von einiger Dauer kann sich allein auf Terror und Gewalt stützen, es bedarf des Legitimitätsglaubens und der Loyalitätsbereitschaft. Wenigstens in seinen politischen Institutionen muß mehr als nur eine Handvoll überzeugter Anhänger das Regime für legitim halten, seine Normen und Werte als richtig und gerecht erachten. Dies galt in der DDR über vergleichsweise lange Zeit für den „Verwaltungsstab“ der Kader und außerdem, zumindest anfangs, für nicht unbeträchtliche Teile der Intelligenz – sofern sie im Lande blieb. Loyalität hingegen zeichnet sich nicht durch wertorientierte Überzeugung und Unterstützung aus, sondern durch das interessegeleitete Hinnehmen der Herrschaft. Selbst eine diktatorische Herrschaft bleibt so lange unangefochten und hat von daher Stabilitätschancen, wie hinreichend große Teile der Gesellschaft in ihrem Alltagshandeln die Diktatur hinnehmen. Ob sie das bereitwillig, resigniert oder zähneknirschend tun, hängt von der Systemperformanz, aber auch davon ab, ob die Herrschaftsunterworfenen eine realistische Alternative zum Bestehenden sehen.

Um den Verfall von Legitimitätsglauben und Loyalität – und damit einen Prozeß der potentiellen, nicht unausweichlichen Destabilisierung – nachzuzeichnen, teile ich die DDR-Geschichte in drei Phasen ein. Die erste, die Phase des antifaschistischen Stalinismus, zeichnete sich durch ein hohes Maß von Dynamik aus. Mit Terror und Gewalt wurden die Eigentumsverhältnisse und die Sozialstruktur umgewälzt und die Institutionen der Zivilgesellschaft geschleift; im selben Zuge entstand die Macht der Partei, ihres Staates und ihrer politischen Polizei. Wie allgemein bekannt, konnte sich die neue Macht nicht auf eine Mehrheit der Gesellschaft stützen, sondern wurde mit Hilfe der sowjetischen Siegermacht oktroyiert.⁸ Die Sowjetunion wurde schon allein ihres stalinistischen Systems wegen abgelehnt; hinzu kamen die Erfahrungen mit der Roten Armee. Weniger noch als die Westdeutschen fühlten sich die Ostdeutschen vom Nationalsozialismus befreit, zumal die Nazipropaganda vom „bolschewistischen Untermenschen“ nachwirkte. Dennoch stieß der Aufbau selbst eines stalinistischen Sozialismus nicht ausschließlich auf Ablehnung; er fand durchaus die willige Unterstützung politischer Parteigänger. Breiter streuten wahrscheinlich die integrativen Effekte der Aufstiegsmobilität, die mit dem gewaltsamen Umbruch einherging, und die antifaschistischen Motive: der Wille zur Abkehr von Kapitalismus und „bloß formaler“ Demokratie, die viele – irrtümlich –

7 Wenn nicht anders vermerkt, stütze ich mich wenig überraschender Weise im folgenden auf mein Buch. Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt a. M. 1992.

8 Vgl. Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999; Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999.

für die Ursachen der nazistischen Katastrophe hielten.⁹ Hinzu kamen Sehnsüchte nach einem starken Staat, die jene Antifaschisten der ersten Generation erfüllten, die einem Volk mißtrauten, das den Nazismus bis zum Ende getragen hatte. Die zweite deutsche Diktatur konnte mithin an die Katastrophenerfahrungen mit Nationalsozialismus und Krieg ebenso anknüpfen wie an undemokratische Traditionsbestände der deutschen politischen Kultur, insbesondere an anti-westliche, anti-bürgerliche und anti-kapitalistische Ressentiments zum einen, an technokratische Machbarkeitsvorstellungen zum anderen. Wie dünn allerdings die Decke der Loyalitätsbereitschaft der Beherrschten war, stellte die Massenflucht vor Enteignung, Verfolgung und gewaltsamer Repression sehr deutlich unter Beweis. Der 17. Juni – die Krise des ostdeutschen Stalinismus par excellence – offenbarte darüber hinaus, daß die Angst vor der Wut der Aufständischen den Legitimationsglauben vieler Kader bei weitem übertraf. Das Regime war angesichts dieser Krise nur in zweierlei Weise zu restabilisieren: kurzfristig durch die sowjetischen Panzer, mittelfristig durch Entstalinisierung und Reform.

Damit begann die zweite Phase; sie erstreckte sich auf die späten fünfziger und die sechziger Jahre und zeichnete sich durch eine ideologisch einprägsame Kombination von Technikeuphorie und Gemeinschaftsideal aus. Die Art und Weise, wie sich in ihr Stabilität und Instabilität des Regimes mischten, verdankte sich einer doppelten Krise und ihren Folgen, zum einen der Krise des Stalinismus und zum anderen der Krise der Entstalinisierung. Die Krise des Stalinismus – manifest geworden im 17. Juni, später im Bau der Mauer – verlangte nach einem flexibleren und effizienteren Modell des sozialistischen Aufbaus, und die SED meinte, es im Neuen Ökonomischen System (NÖS) gefunden zu haben. Die ökonomische Reform mit ihrem Ziel einer Wissenschaftlich-technischen Revolution verband die Vision einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“ mit technokratischem Pragmatismus und ökonomischem Effizienzstreben. Sie verhiß die Grundlagen einer greifbar nahen „strahlenden Zukunft“, kombinierte Ideologie und Sachverstand und eröffnete mit der Entdogmatisierung jedenfalls der technischen Wissenschaften, mit dem Ausbau des Bildungs- und Ausbildungssystems erneut breite Aufstiegschancen und sichere Karrierepfade. Ökonomie und Recht, selbst die kulturelle Sphäre, gewannen zeitweise eine größere Eigenständigkeit zurück. Kurzum: das NÖS brachte Chancen für die Anhänger der Weltanschauung ebenso wie für die Befürworter der Zweckmäßigkeit, für Legitimität und Loyalität. Und es versprach neben der Stabilität der politischen Institutionen zugleich gesellschaftliche Dynamik. Anders als im Falle des Prager Frühling kann man von Liberalisierung ohne Demokratisierung sprechen.

Ganz anders die zweite Krise dieser Phase, die Entstalinisierung selbst. Der XX. Parteitag ermöglichte zwar die eben erwähnten Reformen und

9 Wie tief dieser Irrtum auch in der westeuropäischen Linken saß, zeigt erneut das eindrucksvolle Buch von François Furet, *Das Ende einer Illusion*, München 1996.

damit die Restabilisierung und erneute Dynamisierung des Systems; mittel- oder langfristig trug er jedoch zur Erosion der Begründung der Parteiherrschaft insgesamt bei. Nach Claude Lefort¹⁰ bedeutete der XX. Parteitag einen irreversiblen Bruch. Denn selbst die verhaltene Kritik der „Fehler“ Stalins zerstörte das Wahrheitsmonopol der Partei und die ideologische Gewißheit ihrer Kader. Diese Folge der Entstalinisierung wirkte in Ungarn und Polen weitaus schneller und nachhaltiger als in der DDR. Doch auch hier offenbarte die Kritik, die Schriftsteller wie Christa Wolf am NÖS übten, daß es nämlich dem schieren Ökonomismus fröne, den Verlust des bedingungslosen Glaubens an die Partei – der Zweifel war in der Welt. Dies galt nicht nur für Teile der künstlerischen Intelligenz, sondern, wichtiger noch, auch für den Parteiapparat selbst.

Denn es bildeten sich zwei politische Strömungen heraus, deren eine der Politik wirtschaftlicher Effizienz Priorität einräumte und deshalb für die Öffnung der DDR hin zu westlichen Märkten, insbesondere dem westdeutschen, eintrat. Diese Strömung hatte eine größere Eigenständigkeit der DDR gegenüber der Sowjetunion im Sinn. Die andere, die Mehrheit des Parteiapparats, wollte den Bestand der DDR durch strikte Anlehnung an die jeweilige Generallinie der Hegemonialmacht sichern und hielt aus diesem Grund an der kontinuierlichen Abgrenzung von der Bundesrepublik fest. Dieser Kampf zweier Linien zwischen „Nationalkommunisten“ und „moskowiter Traditionalisten“ brach 1970/71 mit dem Sturz Ulbrichts offen aus.¹¹ Der Parteiapparat stürzte den Generalsekretär allerdings noch aus anderen Gründen, weil er nämlich die bürokratische Hierarchie der Partei gefährdet hatte. Er hatte Politbüro und Zentralkomitee zunehmend von Entscheidungen ferngehalten und sich statt dessen auf Wissenschaftler, Wirtschaftsführer und eigens geschaffene neue Gremien gestützt.¹² Ein solches Durchbrechen der Instanzenwege zielte gerade darauf, Entwicklungsdynamik freizusetzen und die Stabilität der DDR eher auf ökonomischen Erfolg denn ausschließlich auf zentralisierte Macht zu stützen. Dieser Konflikt dauerte auch nach Ulbrichts Sturz an; er gab letztlich Anlaß zu Instabilität, wie noch zu zeigen sein wird. Ähnliches gilt für die angedeutete außenpolitische Kontroverse

10 Claude Lefort, *The Political Forms of Modern Society. Bureaucracy, Democracy, Totalitarianism*, Cambridge 1986; vgl. auch Sigrid Meuschel, *Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen. Versuch einer Annäherung*. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung (Berichte und Studien 18)*, Dresden 1999, S. 61–77.

11 Rainer Weinert, *Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik*. In: *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, hg. von Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle, Opladen 1995, S. 285–309 (vgl. bes. S. 290ff., 294ff.). Vgl. auch Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

12 So schon Peter Ch. Ludz, *Parteielite im Wandel*, Köln-Opladen 1970, der für die sechziger Jahre von einem „konsultativen Autoritarismus“ gesprochen hatte.

um die Ausrichtung der DDR auf die sowjetische Hegemonialmacht oder doch auch auf die Bundesrepublik. Die Option, sich enger an den Westen anzulehnen, um Stabilität über Effizienz zu verbürgen, war immer mit der Angst vor einer „Konvergenz“ der Systeme – also vor Instabilität – verbunden. Andererseits war die Option, zuverlässigster Staat im sozialistischen Block zu bleiben und daraus Stabilität zu ziehen, mit der Gefahr der Stagnation – mithin wiederum Instabilität – belastet.

Als die Reformanstrengungen der sechziger Jahre endeten und die „Moskowiter“ gewonnen zu haben schienen, begann die dritte Phase, die des real existierenden Sozialismus. In der Ära Honecker mischten sich Stabilität und Instabilität wiederum neu, nun aber nicht länger gepaart mit einer Dynamik, wie die Herrschenden sie erhofften, sondern letztlich mit Stagnation. Die SED konzentrierte sich fortan auf die Probleme der Gegenwartsgesellschaft. Hatte jedoch der XX. Parteitag bereits ihre ideologische Gewißheit beschädigt, verlor die Diktatur jetzt auch noch ihre ökonomisch-revolutionäre Perspektive und ihre utopische Rechtfertigung. Die Kader standen seit den siebziger Jahren grundsätzlich im Schatten einer „Finalitätskrise“. Sie mußten sich seither fragen, wie sie die Herrschaft ihrer kommunistischen Partei noch marxistisch-leninistisch rechtfertigen konnten, obwohl sie die Zukunft auf unbekannte Zeit vertagte und sich statt dessen daran machte, im Bestehenden zu verweilen – und sei es, um es zu verbessern.

An Rechtfertigungsversuchen der Dogmatiker, denen die ökonomische Rationalität weniger wichtig war als die politische Rationalität der Macht-sicherung, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Auch siegte der Parteiapparat zunächst über die Konkurrenz der Wissenschaftler und Wirtschaftsführer, die ausgeschaltet wurden. Aber bekanntlich baute die SED gerade unter Honecker die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik aus. Selbst eine scharfe Rhetorik der Abgrenzung bewahrte sie weder vor dem Mißtrauen der Hegemonialmacht noch vor der Westorientierung breiter Teile der Gesellschaft. Außerdem wurde der Parteiapparat bald wieder aus der Entscheidungsebene zurückgedrängt, sogar noch nachhaltiger als zuvor. Denn auch Honecker ordnete sich „extrabürokratische Stäbe“ unmittelbar zu; auch er steigerte seine persönliche Macht, indem er die bürokratischen Linienfunktionen auf „funktional zwingende“, aber eben nicht systemkonforme Weise durchbrach. So entstand eine „Dualität von formaler Kollektivität und faktisch hoher Subjektivität“.¹³ Zum Beispiel wurden Günter Mittag oder das KoKo mit Sondervollmachten ausgestattet; zudem unterhöhlten ad hoc-Entscheidungen die mono-organisatorische Struktur.

Informelle Beziehungen sicherten persönliche Zugangschancen zur Macht. Informalität und Personalismus nahmen in dem Maße zu, in dem Entscheidungen tendentiell aus dem Politbüro ausgelagert und an dem „Kern der Verwaltungsstäbe des Parteistaates“, den ZK-Abteilungen vorbei

13 Weinert, Wirtschaftsführung, S. 303, insges. S. 298ff.

getroffen wurden. Man kann das als „institutionalisierte Anomie“ bezeichnen.¹⁴ Wer nicht „dazugehörte“, fiel in Resignation oder Apathie, und Reformbestrebungen prallten an dieser Konstellation ab. Nicht wenige Kader erkannten zwar die Irrationalität der Parteistruktur und ebenso die des raschen Ausbaus und starren Festschreibens des Wohlfahrtsstaates; sie wußten, daß das „zunehmend unbewegliche System [nur] durch Improvisation aufrechterhalten“ wurde. Doch die wachsenden Zweifel an seiner Funktionstüchtigkeit wurden von den Routinen überlagert, die die Funktionäre auf allen Ebenen einbanden, und der Mangel an Kommunikation ließ sie nicht die kritische Distanz gewinnen, aus der heraus sie eine alternative Strategie hätten entwickeln können. „So gingen [die Kader] zwar sehenden Auges, aber doch blind in den Prozeß der Auflösung und des Zerfalls des Systems“.¹⁵ Eben dies unterschied sie von ihren ungarischen oder polnischen Genossen.

Für die Mehrheit der Gesellschaft hingegen stellte sich der real-existierende Sozialismus erst einmal anders dar. Die pragmatischen Zwecke der Parteipolitik machten den penetranten Mobilisierungskampagnen ein Ende, und die „Hauptaufgabe“ der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bot eine Verbesserung der Versorgungslage – die hochfliegenden Ziele der vorhergehenden Phase hatten ja Konsumverzicht bedeutet. Hinzu kam die berühmte soziale Sicherheit. Diese Normalisierung der Lage vermochte zumindest partiell zu integrieren, und sie verbürgte auch insofern Stabilität, als sie in der deutschen Tradition eines obrigkeitlichen Wohlfahrtsstaates stand.¹⁶ Allerdings handelte es sich um eine Wohlfahrtsdiktatur, die der Sozialpolitik den Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates zur Seite stellte.¹⁷ Dies war aus der Perspektive der Partei schon deshalb geboten, weil selbst ihr Gegenwartsprogramm zunehmend fiktive Züge annahm. Die Rhetorik des Komparativs machte das überdeutlich; sie war als ganz offensichtliche Lüge leicht zu durchschauen.

Inzwischen war eine Generation hinter der Mauer aufgewachsen, die nichts anderes kannte und sich in der Doppelsprache so gut es ging einrichtete. Das wurde ihr insofern erleichtert, als das Nachlassen des Kampagnenwesens mitsamt der sozialen Sicherheit private Freiräume wenn nicht eröffnete so doch ausdehnte. Die Freiräume konnten allerdings auch zur Destabilisierung beitragen. Dieses Sowohl-als-auch – die Mischung aus dem Sowohl der Stabilität und dem Als-auch möglicher Destabilisierung – läßt

14 M. Rainer Lepsius, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker. In: *Der Plan als Befehl und Fiktion*, S. 347–363 (vgl. bes. S. 351, 352).

15 *Der Plan als Befehl und Fiktion*, S. 9 und 14.

16 Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20 (1998), S. 33–46.

17 Clemens Vollnhals, *Der Schein der Normalität. Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker*. In: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, S. 213–249.

sich mit zwei Beispielen andeuten. Zum einen mochte das Arrangement, das die SED mit den protestantischen Kirchen fand, viele der Gläubigen integrieren; es ermöglichte aber zugleich, daß sich seit den späten siebziger Jahren die alternativen Gruppen unter dem Dach der Kirchen bildeten, die später zum Sturz der Parteiherrschaft maßgeblich, wenn auch nicht willentlich, beitrugen. Zum anderen hatte die Politik der deutsch-deutschen Annäherung ebenfalls ambivalente Auswirkungen. Sie trug einerseits zur „Normalisierung“ bei und andererseits zur weiteren Orientierung der Gesellschaft an der Bundesrepublik. Das zeigte sich nicht zuletzt an den Friedens- und Ökologiegruppen; in keinem anderen ost- oder westeuropäischen Land waren sie so stark wie in den beiden deutschen Staaten.

III.

Das prekäre Verhältnis zwischen Stabilität und potentieller Instabilität in der Phase der Stagnation wurde manifest, als sich die internationale Lage änderte, denn nun taten sich alternative Optionen auf. In der DDR kamen die entscheidenden Anstöße von außen, von Perestroika und Glasnost, den entschlossenen Reaktionen der innerparteilichen Reformer in Polen und Ungarn, aber auch der gesellschaftlichen Opposition, die sich dort schon zuvor herausgebildet hatte.¹⁸

Während die Parteien dieser beiden Länder seit Jahren zu ökonomischen Reformen angesetzt hatten und sich nun auch einer politischen Liberalisierung nicht zu widersetzen vermochten, die letztlich zur Transition führte, blieb die SED starr. Obwohl nicht grundsätzlich eine Partei der Anti-reform,¹⁹ war sie nach ihrem eigenen Selbstverständnis bereits so weit gegangen wie möglich, wollte sie den Bestand der DDR nicht gefährden. Die besondere Lage an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts und der Umstand, daß der SED-Herrschaft eine nationalstaatliche Basis fehlte, machte die Besonderheit ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik und zur sowjetischen Hegemonialmacht aus. Da die Beziehungen zum westdeutschen Staat sowohl von Abgrenzung als auch von Kooperation geprägt waren, meinte die SED eine tragfähige Balance gefunden zu haben, die sie zugleich fest im Block verankerte. Nun aber, als die Sowjetunion zur Liberalisierung ermunterte und andere kommunistische Parteien dies als Chance begriffen, drohte die Blockbindung der DDR zu reißen; in der SED-Spitze grassierte erneut die Furcht, Reformen könnten die sozialistischen Konturen der DDR soweit verwässern, daß sie ihre Eigenstaatlichkeit gefährdeten. Auch die Beziehungen zur Sowjetunion waren immer ambivalent gewesen, hatten stets Konformität und Eigenständigkeit balanciert. Doch in dem Moment, in dem Gorba-

18 Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas, München 1990.

19 Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, S. 301ff.

tschow das Signal zur Reform gab, brach die SED mit ihrer Konformität und entschied sich für Eigenständigkeit in Stagnation. Selbst die reformorientierten Kader entschlossen sich erst im Herbst 1989 zum Handeln – als Massendemonstrationen die Herrschaft erschütterten und die Parteibasis ihnen keine andere Wahl ließ. Der Kontrast zu den Reforminitiativen in Ungarn und Polen, wo schließlich die oppositionellen Gegeneliten an Runden Tischen mit den Machthabern den Übergang aus dem Sozialismus aushandelten, und dem Immobilismus der SED-Spitze löste die gesellschaftliche Gegenwehr aus. Dabei war die Massenflucht vor einer eventuell drohenden „chinesischen Lösung“ wohl nicht weniger bedeutsam als das Handeln der alternativen Gruppen, die sich nun rasch politisierten.

Die Formen der finalen Destabilisierung in den genannten Ländern beruhten auf anderen Voraussetzungen als die friedlichen Revolutionen in der DDR und der ČSSR oder die Gewalt in Rumänien. Juan Linz²⁰ geht in seinem jüngsten Buch von vier idealtypischen Konstellationen aus, die totalitäre Regime kennzeichnen, verfolgt deren Wandel zu posttotalitären Regimen, wobei der mehr oder weniger weit fortgeschrittene Zerfall der ursprünglichen Konstellation die Art und Weise mitbestimmt, in der sodann als nächster Schritt die Übergänge aus dem Posttotalitarismus verliefen. Diesem Ansatz zufolge zeichnen sich totale Systeme durch die vier Dimensionen der Ideologie, der Mobilisierung, der unbegrenzten, willkürlichen und selbst für die kommunistischen Eliten unberechenbaren Herrschaft aus sowie durch die Repression einer jeden Art des Pluralismus, sei er politisch, ökonomisch oder soziokulturell. Auf die Dynamik, die einen Systemwechsel in den Posttotalitarismus begünstigt, der seinerseits drei idealtypische Ausprägungen annehmen kann, ist hier nicht einzugehen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß in seinem „reifen“ Stadium die Führungsrolle der Partei, wiewohl sie unangetastet bleibt, in ihrer Willkür erheblich beschränkt und in ihrer Reichweite in dem Maße begrenzt ist, in dem bürokratische und technokratische Momente die ideologischen und gewaltförmigen in Schach halten.

Für die SED-Herrschaft in ihrer letzten Phase läßt sich behaupten, daß der technokratische Impuls sich als wenig innovationskräftig erwies; die Wahrnehmungsfähigkeit der Parteispitze war zudem empfindlich getrübt und durch die erwähnten externen Balanceerfordernisse blockiert. Was die Wirkungsmacht der Ideologie betrifft, hatte die Diskrepanz zwischen Dogma und Realität den Verlust des Legitimationsglaubens vorangetrieben. Die Überzeugung, das System könne seine selbstgesetzten Ziele erreichen, selbst die der gegenwartsbezogenen Effizienz, war erschöpft und das Vertrauen der Kader in die Zukunftsfähigkeit der Partei so weit gesunken, daß sie sich

20 Juan J. Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore, London 1996, S. 38ff. Zu meiner abweichenden Konzeption, die zwei Typen des Totalitarismus diskutiert, vgl. Meuschel, *Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen*.

zum Einsatz von Gewalt nicht mehr verstehen konnten.²¹ Die Gesellschaft hatte die offiziellen Programmsätze als alltägliche Lügen längst durchschaut. Die Massenorganisationen hielten zwar wie an der Führungsrolle der Partei so auch an ihren Pflichtenkatalogen fest. Aber sie mobilisierten nicht mehr, sondern stahlen den Leuten, die noch etwas erreichen wollten oder aber sich in die Privatheit zurückgezogen hatten, bloß die Zeit.

Vertrauensverlust und Apathie, die den Verfolg öffentlicher Belange auszeichneten, konnten freilich in Optionen für exit oder voice umschlagen. Hier war von Bedeutung, was Linz die mehr oder weniger ausgeprägte Repluralisierung nennt. In der DDR hatte sie weder die Institutionen des Parteistaates noch die ökonomische und rechtliche Sphäre der Eigentumsverhältnisse erfaßt. Es gab weder eine nennenswerte lizenzierte zweite Ökonomie noch offizielle Ergänzungen des Staatssektors durch Marktelemente. Statt dessen dominierten symbiotische, wechselseitig parasitäre Vernetzungen formeller und informeller Beziehungen, aus denen jedoch keine Seite Eigenständigkeit oder gar stabile Interessenprofile ableiten konnte. Insofern ist es nicht erstaunlich, daß aus Parteistaat und Ökonomie keine klaren Optionen für den Systemwechsel kamen. Die Führungsstruktur bot wohl Anlaß zu wachsender Unzufriedenheit. Doch eine Polarisierung zwischen hard- und soft-linern, zwischen Betonköpfen und Liberalisierern, entstand in der SED erst in der offenen Krise, flankiert von einer Massenbewegung der Parteibasis gegen die Führung. Bleibt die Pluralisierung der soziokulturellen Sphäre. Nach Linz' Idealtypus bringt die Parallelkultur eines reifen Posttotalitarismus eine „robuste Samizdat“-Struktur hervor, die das Regime dann empfindlich destabilisieren kann, wenn sich dauerhafte oppositionelle Gruppierungen herausbilden, die in Krisensituationen Gegeneliten zu stellen in der Lage sind.

Woraus speisten sich die soziokulturellen Ressourcen der Gegenwehr in der DDR? Die Probleme, deren das Regime nicht Herr wurde, lagen offen zutage. Es war bekannt, daß die Sozialpolitik zu Lasten der Investitionsfonds ging, die Ökonomie marode war und die Infrastruktur zerfiel; auch die ökologischen Probleme waren kein Geheimnis. Daß die SED die Utopie aufgegeben hatte und insofern die „strahlende Zukunft“ verspielte, konnte verschmerzen, wer ohnehin nie an sie geglaubt hatte. Aber in den achtziger Jahren wurde deutlich, daß die Partei auch die Chancen der Gegenwart verspielte. Angesichts konkreter politischer Alternativen, die sich der veränderten externen Konstellation verdankten, wurde die Loyalitätsbereitschaft offen aufgekündigt. So wurde manifest, was zuvor latent oder auf die Basis beschränkt geblieben war: Spannung und Konflikt.²² Wie mir scheint, traten

21 Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, hat dies am Beispiel der Stasi exemplarisch untersucht.

22 Auf neuere sozialhistorische Analysen kann ich hier nicht eingehen. Zur Analyse der DDR-Gesellschaft, die, wie meine eigene, die Gesellschaft in oben und unten teilt

im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern minoritäre oder massenhafte Proteste und sonstige Formen politisch abweichenden Verhaltens in der DDR phasenverschoben auf. Zwar war der Aufstand des 17. Juni der erste im gerade stalinisierten Block. Aber schon damals kamen Massenbewegung, kritische Intelligenz und reformwillige Kräfte innerhalb der SED nicht zusammen. Später gab es Sympathie für den Prager Frühling²³, doch aus seinem Ende wurden zunächst andere Konsequenzen gezogen als die des KOR in Polen oder der Charta 77 in der ČSSR. So erschien gegen Ende der siebziger Jahre mit Rudolf Bahros „Alternative“ das Buch eines gewiß mutigen Autors, dessen Kritik am Bestehenden allerdings noch leninistisch motiviert war und deshalb hinter jener von György Konrads und Ivan Szelenyis „Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ weit zurückblieb. Zur Zeit der Solidarnosc erstarkten in der DDR die Friedens-, Frauen- und Umweltgruppen; ihre globalen Katastrophenszenarien fanden in der Bundesrepublik, in der solche Gruppen mitsamt ihrer Ängste früher entstanden, wohl mehr Resonanz als in den mitteleuropäischen Nachbargesellschaften, deren Opposition bereits explizit das Ziel verfolgte, zivilgesellschaftliche Strukturen wiederentstehen zu lassen.

Die bundesdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) beeinflussten das Alternativmilieu der DDR, und dieses selbst kann eventuell als postmaterialistische Reaktion auf globale Gefahren interpretiert werden. Es scheint jedoch plausibler, die ostdeutschen sozial-ethischen Gruppen als eine Mischform aus industriegesellschaftlich induzierten NSB und systemspezifischer Abwehr der Diktatur zu begreifen, in deren politischer Konsequenz letztlich das Ziel stand, sich vom Parteistaat zu emanzipieren. Dabei sollte die DDR-Spezifika aus dem empirischen Vergleich mit den westlichen Bewegungen und der mitteleuropäischen Dissidenz ermittelt werden.²⁴ Die sozial-ethisch motivierte Gegenkultur, geprägt von moralisch intonierten Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung und -verständigung in informellen Strukturen, entwickelte sich seit der 2. Hälfte der achtziger Jahre zu dem, was dann die politische Opposition von 1989 wurde. Es entstanden überre-

und insofern noch nicht zu befriedigen vermag, vgl. Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995) 1, S. 96-110; Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13ff.

23 Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997, S. 163ff.

24 So Jan Wielgoths/Marianne Schulz, Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band VII/1+2, S. 1950-1995, hier S. 1963ff. Den Unterschied zu Polen, Ungarn und der ČSSR sehen sie v.a. darin, daß die DDR-Gruppen sich nicht am Modell der liberalen Marktwirtschaft orientierten und ihnen auch das Expertenwissen kritischer Sozialwissenschaftler fehlte; ebd., S. 1967ff.

gionale Vernetzungen, um die Arbeit zu koordinieren; damit konnten Konflikte über Organisationsvorstellungen, Themenschwerpunkte, Aktions- und Politikauffassungen ausgetragen werden; auch stärkten die nicht länger nur lokalen Netzwerke die Position der Gruppen gegenüber den Kirchen, in denen sie sich verankerten, um dann aus ihnen hinaus zu drängen. Dies wurde möglich, sobald dauerhafte Einrichtungen und Samizdat-Publikationen existierten und sich gruppeninterne Eliten gefestigt hatten, die die „maßgeblichen Impulse für den Wandel der ‚kulturellen Gegenbewegung‘ zur Oppositionsbewegung“ gaben.²⁵

Ob die alternativen Gruppen sich selbst eher sozial-ethisch verstanden oder ob sie sich als politische Opposition verhielten, in jedem Fall wirkten sie „objektiv“ politisch. Aber es trifft wohl zu, daß die Opposition ihre politische Rolle noch nicht gefunden hatte, als 1989 über sie hereinbrach.²⁶ Mit Willen und Bewußtsein für Demokratisierung und Menschen- und Bürgerrechte hatte sich zuvor vornehmlich die Initiative Frieden und Menschenrechte organisiert. Entstanden einerseits aus den bestehenden Netzwerken und andererseits aus der Orientierung an entsprechenden Initiativen in Polen, Ungarn und der ČSSR,²⁷ blieb sie bis 1989 marginal. Noch die politischen Oppositionsgründungen des Sommers und Herbstes legten eine große Scheu vor Machtfragen an den Tag; die Forderung nach Dialog stand im Vordergrund. Dies nicht allein wegen der Gefahren, die sich aus einer möglichen Destabilisierung der Blöcke oder aus dem Macht- und Gewaltpotential des Parteistaates selbst ergaben, sondern insbesondere aus der Überlegung heraus, daß historisch gesehen der Zusammenhang zwischen Revolution und Gewalt sich als fatal erwiesen hatte. Dieses Argument ist hoch plausibel und wurde von der mittelosteuropäischen Dissidenz geteilt. Es verdeutlicht andererseits, daß die Opposition Macht mit Gewalt gleichzusetzen und jedweder staatlichen Macht derart zu mißtrauen neigte, daß sie noch am Runden Tisch Abstinenz übte, da sie selbst eine provisorische Machtübernahme vor freien Wahlen nicht legitim zu finden vermochte.²⁸

Die wenigen und späten Reformer in der SED suchten vor der offenen Krise keinen Kontakt mit den sozial-ethischen resp. politischen Gruppen; ganz im Gegenteil hielten sie Distanz. Im Unterschied zu den alternativen

25 Ebd., S. 1977.

26 Stephan Bickhardt, Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission, VII/1, S. 450–503, v. a. S. 486.

27 Zu den Verbindungen vgl. Ludwig Mehlhorn, Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission, VII/2, S. 1409–1436 und Wolfgang Templin/Reinhard Weißhuhn, Initiative Frieden und Menschenrechte. In: Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, hg. von Helmut Müller-Enbergs u. a., Berlin 1991, S. 148–166.

28 Vgl. Ulrike Poppe, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen in den achtziger Jahren. In: Dies. u. a. (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 244–273, v. a. S. 262ff.

Akteuren verhielten sie sich, wie sie meinten, überaus machtbewußt – stets mit Blick auf die Partei. Rainer Land und Ralf Possekel²⁹ sprechen von einem „konspirativen Avantgardismus“, den sie aus teils tradierten Codes der kritischen Parteiaktivisten der Nachkriegs-KPD und SED erklären, teils aus Neuschöpfungen der Reformen der achtziger Jahre. Zentral für deren Umgang mit den außerparteilichen Gruppen war die Überzeugung, nur die seien zur Kritik am Sozialismus berechtigt, die sich trotz allem für ihn engagierten, und der Aufbau eines „wirklichen“ Sozialismus sei nur mit der Partei möglich. Solche Leitsätze, die in klassischer Manier „Renegaten“ und Andersdenkende ausgrenzten, wurden durch die Suche nach einem „neuen Diskurs“ und einem „modernen Sozialismus“ ergänzt. Neu war hierbei lediglich die Zielformulierung, nicht der Weg eines parteigestützten Avantgardismus. Er legte, wie Land/Possekel betonen, den Reformern konspirative Grenzziehungen sowohl gegenüber den Dogmatikern in der SED als auch gegenüber der außerparteilichen Opposition auf; dagegen ließ er Kooperation mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu. Ironischerweise entpuppte sich diese Strategie als bloß eine weitere Variante des viel gescholtenen revolutionären Attentismus. Die Reformen warteten – wenn schon nicht wie Kautsky auf den Zusammenbruch des Kapitalismus, so doch wenigstens auf den Generationswechsel an der Spitze ihrer Partei, auf einen „Machtwechsel von oben, den sie nutzen wollten“, statt ihn selbst zu betreiben. Daher wurden sie erst nach dem Sturz Honeckers aktiv, und die Ernüchterung folgte auf dem Fuße: „Woher sollte eigentlich die Fähigkeit kommen, die SED zu etwas anderem zu machen als zu dem, was sie war? [...] eine kleinbürgerliche Partei von der ganzen Mentalität her“.³⁰ Die vermeintlich machtbewußten Reformen verstanden mithin die Situation des Herbstes noch weniger zu nutzen als die machtabstinente Opposition der Bürgerrechtler. Sie dachten die Parteimacht in dem Moment erkämpfen zu können, in dem sie verloren ging; und erst in diesem Augenblick erkannten sie, daß das Objekt ihrer Begierde gänzlich untauglich war für ihr avantgardistisches Projekt.

Schließlich waren die alternativen Gruppen bis zum Herbst 1989 auch in der DDR-Gesellschaft isoliert, auch diese hielt Distanz. Ein Großteil wußte bis zuletzt die Schere im Kopf zu ertragen, seit Jahren wurden seine alltäglichen Anpassungsleistungen erschwert durch die Lücken, die die Abwanderung nach Westen riß. Der Unmut brach sich offen erst Bahn, als die Fluchtbewegung die Destabilisierung des Regimes manifest machte. In der DDR hatte es immer die Option des exit gegeben, der Flucht, später auch der Ausreise oder des Freikaufs. In den achtziger Jahren nahm diese Option einmal mehr dramatische Formen an. Ob die Ausreiser die Oppositionsbewegung geschwächt oder im Gegenteil gestärkt haben, indem sie sich organisierten und an kollektiven Formen des Widerstands partizipierten, sie

29 Rainer Land/Ralf Possekel, *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den achtziger Jahren*, Berlin 1998.

30 Ebd., S. 75 und 105.

sogar vorantrieben, ist umstritten. Daß das Verlassen des Landes ein Akt der Gegenwehr war, ein sich den Zumutungen des Parteistaates aktives Entziehen, scheint mir ebenso evident wie die Interpretation plausibel, der massenhafte exit habe nicht allein Resignation bei den Bleibenden verursacht, sondern auch Mut zum politischen Engagement stimuliert.³¹ Aber anders als zum Beispiel im tschechischen Fall unterstützten die, die über die Jahre fortgegangen waren, ganz selten – so wie Jürgen Fuchs oder Roland Jahn – die im Land Gebliebenen in ihrer widerständigen Arbeit. Erst 1989, als die Fluchtbewegung sprunghaft anstieg, bestärkten sich auch in der DDR die Abwanderung nach außen und der Widerspruch im Innern wechselseitig.

Folgende interne Faktoren brachten die SED-Diktatur zum abrupten Fall, führten im Unterschied zu einer paktierten Transition zu einem revolutionären Sturz der Parteiherrschaft: die Ausreisebewegung, die alternativen Gruppen, die sich im Zuge des Jahres 1989 zur politischen Opposition formierten, und schließlich die Massendemonstrationen des Herbstes, denen die Gruppen der Bürgerrechtler den Weg geebnet hatten.³² Die Partei konnte der Revolution nichts entgegensetzen. Aber das Neue Forum und die anderen Oppositionsgruppen wurden selbst von der Revolution überrollt; noch im Herbst und Winter handelten sie phasenverschoben. Sie forderten den Dialog mit den Machthabern, statt ihnen die Macht abzuhandeln, und einen Runden Tisch, als die Partei schon gestürzt war und das System zerfiel. Selbst die Macht zu verlangen, dazu fehlten allgemein anerkannte und entschiedene politische Führungsfiguren. Aber das Urteil, die Opposition habe sich zu spät gebildet, zu unentschlossen gehandelt und so selbst den Grundstein für ihren Rückfall in die Marginalität gelegt, ist zu hart und wird ihr nicht gerecht. Denn die Opposition mußte ins Leere laufen, weil sie in dem Umfeld einer gesellschaftlichen Mehrheit agierte, die an einer demokratischen DDR nicht interessiert war, weil sie überhaupt keine DDR mehr wollte.³³

31 Vgl. Dieter Rink, Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformer. In: Ders./Detlef Pollack, Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt a. M. 1997, S. 54–78, v. a. S. 67ff.

32 Rink, Ausreiser, nennt neben den innerparteilichen Reformern noch die Kulturopposition; auf sie konnte ich hier nicht eingehen. Zu meiner Argumentation vgl. ausführlicher Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, S. 306ff.

33 So Claus Offe auf der Podiumsdiskussion zum Thema „1989: Bürgerbewegung – Revolution – Deutsche Einheit“, die das Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig am 1. 7. 1999 im Neuen Rathaus veranstaltet hat.

Die demokratische Revolution in Sachsen:

„Wir sind das Volk!“

Womit und wie beginnen? Wie einführen in dieses große, uns doppelt nahe Thema? Nah in der Zeit, denn was sind zehn Jahre in der Geschichte? – und nah im Erleben, das sich in ein Erinnern und, wie könnte es anders sein, auch in Rechtfertigung und den unausbleiblichen Streit um die rechte Wahrheit¹ verwandelt hat. Brennt einem das Ereignis nicht immer noch auf den Nägeln? Damals, ermutigt vom aufrechten Gang die einen, betroffen, ja entsetzt über die Dauer der Demonstrationen und den Machtverfall die anderen. Kaum jemand unbeteiligt. Wie elektrisiert auch die am Bildschirm über

- 1 Siehe die jüngst erschienene ironische Zurückweisung des Wendebegriffs durch Rita Kuczynski. In: Süddeutsche Zeitung, 1. September 1999: Der Wechselkurs der Werte. Die Revolution in der DDR darf nicht zu einer Niederlage umgelogen werden. Mit dem Anspruch, aus der „transatlantischen Distanz“ die rechte Wahrheit gefunden zu haben, verzeichnete Jarausch schon 1995 zwei rivalisierende Diskurse, einerseits eine CDU-und-FDP-Version der „heroisierten Erzählung von Selbstbefreiung und freiwilligem Beitritt“, andererseits „eine katastrophale Gegengeschichte“, „um dadurch eine neue Oppositionsmentalität zu gewinnen. Die vor allem von der Links-SPD, PDS und Grünen verbreitete Sicht beklagt den Fehlschlag der Revolution und prangert die Leiden der kapitalistischen Restauration an.“ Konrad H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit, 1989–1990*, Frankfurt a. M. 1995, S. 7, S. 11. Noch problematischer sind Jarauschs historiographische Schlußfolgerungen: „Historiker ergriffen vergleichsweise selten das Wort, um über die Anwendbarkeit des Revolutionsbegriffs, die Legitimität eines deutschen Nationalstaates oder die allgemeine Bedeutung des Umbruchs zu diskutieren. Weil sie nur einzelne Aspekte hervorheben, liefern solche Sofortanalysen kein umfassendes Bild der Umwälzungen.“ Ebd., S. 13. Man vergleiche den Erklärungsanspruch des Autors und das von ihm analytisch Geleistete mit Jürgen Kocka, *Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse*. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 19 (1990), S. 479–499; Hartmut Zwahr, *Die Revolution in der DDR*. In: Manfred Hettling (Hg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989. Sieben Beiträge*, Göttingen 1991, S. 122–143 [MS Juni 1990]; Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, 2. Auflage, Göttingen 1993; Heinrich August Winkler, 1989/90: *Die unverhoffte Einheit*. In: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1890*, Frankfurt a. M. 1994, S. 193–226; erst danach Jarausch, *The Rush to German unity*, New York 1994; Jarausch, *Die unverhoffte Einheit; 1989–1990*. Siehe auch Jürgen Kaube, *Ereignisse ohne Wetter. Augenzeugen von 1989*: In Berlin trafen sich Wissenschaftler zu gemeinsamem Erinnern. In: *FAZ*, 5. Juli 1999.

die deutsch-deutsche Grenze, ja über Ozeane und Kontinente hinweg² Zuschauenden.

Womit also beginnen? Durch welche Zugänge glaubwürdig hinfinden zum Ereignis selbst? Ich greife beschreibend auf Foto-Momentaufnahmen zurück: *Leipzig am 11. September 1989*: „Nikolaikirche offen für alle“. Nach dem Friedensgebet werden junge Leute von der Volkspolizei festgenommen: Carola Bornschlegel, Kathrin Hattenhauer, Ramona Ziegner, Gundula Walter, Sylvia Ulbricht, Udo Hartmann, Günter Müller, Jörg Möller, Mirko Kätzel und achtzig andere. – *Freiheit für die Gefangenen!* – Am 2. Oktober, als erstmals die Rufe *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!* zu hören waren und Bereitschaftspolizisten in der Nähe des Topas am Thomaskirchhof mit Gummiknüppeln auf junge Männer und Frauen einschlugen, wußten von diesen Gefangenen schon viele. Denn hinter dem vergitterten Fenster am Seitengang zur Nikolaikirche waren ihre Namen verzeichnet, darunter geschrieben die Forderung: *Sofortige Freilassung/der Inhaftierten vom 11.09. und 19.09. Daneben die Sätze: In den/Zeitung/en/dieses Landes/steht: „Hier/herrscht Freiheit.“/Das ist ein/Irrtum oder eine/Freiheit/herrscht/nicht.*³ Auf den Pflastersteinen brannten und tropften Kerzen, standen Blumensträuße in Gläsern und Milchflaschen.

Dresden am 3. Oktober: Am Hauptbahnhof. Mittags.⁴ Hunderte Jugendliche, auch Familien mit Kindern finden sich ein; sie warten auf die Ausreisezüge; die bringen die zweite Welle der Prager Botschaftsflüchtlinge nach Hof. Diesmal will man die Züge nicht verpassen, wie in der Nacht zum 1. Oktober, und mit raus. „Wirst sehen“, sagt eine Zweiundzwanzigjährige, „wenn de hier bleibst. Die machen balde dicht hier. [...] Das sagt mer mein Verstand. [...] Wieso war denn der Krenz in China? Was hat der sich da angeguckt? Die Mauer, aber doch nicht die chinesische, die als Weltwunder, sondern die aus Panzern auf dem Platz da vom himmlischen Frieden oder wie der heißt. [...] Nach Prag will ich nicht erst. Lieber gleich rauf, wenn die Züge durchkommen. Die halten doch an hier; in so'nem großen Bahnhof müssen die anhalten.“⁵

Hören wir in solchen Äußerungen die DDR zusammenbrechen? Nein, eher das Gegenteil. Raus! Bevor es ganz schlimm wird! Die Prognose der Flüchtlinge, die in den Status quo eingefügte DDR werde noch lange

2 Vgl. Elizabeth Pond, *After the Wall. American Policy Toward Germany*, New York 1990.

3 Foto, vgl. Neues Forum Leipzig (Hg.), *Jetzt oder nie – Demokratie*. Leipziger Herbst '89, Leipzig 1989, S. 77.

4 Dazu Eckhard Bahr, *Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden*. Hg. mit freundlicher Unterstützung der „Gruppe der 20“, Dresden. Mit einem Geleitwort von Superintendent Christof Ziemer und dem Abschlußbericht der Unabhängigen Untersuchungskommission, Leipzig 1990, S. 13–24.

5 Ebd., S. 19.

halten,⁶ paßt nicht zu der aus der Rückschau gewonnenen Behauptung, die DDR sei zusammengebrochen, einfach nur so. „Der Dresdner Hauptbahnhof wird an diesem 3. Oktober für viele die letzte Adresse in diesem Land.“⁷ Spät am Abend verbarrikadierte sich die bewaffnete Macht im Bahnhof. Aber die Züge blieben aus. Am Abend des 4. Oktober belagerten einige Tausend Menschen den Hauptbahnhof. Gewalt eskaliert. Schreie der Wut, der Angst. Hundertschaften bilden Sperriegel, klopfen auf die Schilde, hinter denen sie Schutz suchen. Autos werden umgestürzt. Ein Polizeifahrzeug geht in Flammen auf.⁸

Leipzig am 9. Oktober: Hoch oben in einem Plattenbaufenster am Ring wird insgeheim gefilmt, Bilder entstehen, die man nicht ohne innere Bewegung ansehen kann: die in der ganzen Breite der doppelten Fahrbahn Demonstrierenden, ein Menschenstrom geradezu unwiderstehlich in Fluß und noch ohne die Transparente und Spruchbänder an Tragestöcken, nur auf die Stimme und die bloßen Hände angewiesen.⁹ Ein Weitwinkelfoto, aufgenommen von der Brücke am Konsument,¹⁰ zeigt die in schwarzer Massenhaftigkeit aus der Bildtiefe vom Leipziger Hauptbahnhof Heranziehenden. Die Gesichter der vorn Gehenden sind ernst, angespannt. Es sind junge Leute, die nicht wissen konnten, daß sie in dieser Sekunde dauerhaft ins Licht der Geschichte geraten sind, mehr als ein Drittel von ihnen Frauen und Mädchen.

Und wir hören Stimmen. In Sekundenschnelle hat das in die Menge hineingehaltene Mikrofon aufgenommen,¹¹ was längst verhallt ist: zuerst den Sprechchor *Wir sind das Volk!*, im Stakkato der Wiederholung gegen die Mauern der Kirche, der Superintendentur, der Nikolaischule schlagend, dumpf wie aus großer Tiefe oder dem Eingeschlossensein heraufgeholt, nachhallend, wie Schläge an ein noch fest verrammeltes Tor: [...] *sind das Volk! - Wir sind das Volk! Wir [...]*. Da war etwas Absolutes, nicht Hintergehbare an diesem Spätnachmittag des 9. Oktober draußen vor der Kirche geschehen¹² - mit diesem Ruf. In der Geschichte steht er für Volkssouverä-

6 Dazu Hartmut Zwahr, Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch. Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 445.

7 Bahr, Sieben Tage, S. 22.

8 Vgl. ebd., S. 25-54.

9 Vgl. Leipziger Demontagebuch. Demo. Montag. Tagebuch. Demontage. Zusammenge stellt und mit einer Chronik von Wolfgang Schneider, Leipzig/Weimar 1990, S. 43.

10 Vgl. ebd., S. 44f.; Neues Forum Leipzig (Hg.), Jetzt oder nie - Demokratie, S. 98f.

11 Es gibt dazu Tonbandaufnahmen.

12 Daß der Sprechchor vor der Kirche entstand, belegt Susanne Rummel. Vgl. Neues Forum Leipzig (Hg.), Jetzt oder nie - Demokratie, S. 83. „[...] von draußen drangen die gewaltigen Sprechchöre zu uns hinein: neben Pfiffen und Buh-Rufen und Klatschen das, Stasi raus!“, „Gorbi, Gorbi!“ und „Wir bleiben hier!“ und das wunderbare „Wir sind das Volk!“

nität. Da war der Raum plötzlich besetzt von der Gegenöffentlichkeit, körperlich wie geistig, auch durch die Macht der Geschichte, und das im 200. Jahr des Gedenkens an jene Revolution, die mit dem Sturm auf die Bastille begann und sich in der Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers vom 26. August 1789 fortsetzte, in der es heißt: „Jegliche Souveränität liegt im Prinzip und ihrem Wesen nach in der Nation; keine Körperschaft und kein einzelner kann eine Autorität ausüben, die sich nicht ausdrücklich von ihr herleitet.“¹³ Der deutsche Bund der Geächteten, 1834, bekannte sich zur Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in der Textfassung des greisen Buonarroti: „Artikel 22: Die gesetzgebende Gewalt ruht allein im Herrscher [Souverän]. Artikel 23: Der Herrscher ist das Volk. Artikel 24: Das Volk ist die Gesamtzahl der Bürger. Artikel 25: Die Herrschaft des Volkes ist unveräußerlich und unverjährbar.“¹⁴ Im Chemnitzer Boten vom 6. Juni 1848 stehen die Sätze: „Die Despoten sagen: ‚Der Staat, das sind wir.‘ Die Blutroten [sagen]: ‚Wir sind das Volk.‘ Daraus folgt: Alles durch das Volk [d. h. durch uns], für das Volk [d. h. für uns].“¹⁵

Wer die Texte kennt, dem mag dieses *Wir sind das Volk!* wie aus einer großen Tradition zitiert erscheinen, in der es in der Sache auch steht. Es gehört mit diesem Textzitat in das Revolutionsjahr 1848, erinnert an den Vaterlandsverein um Robert Blum in einer noch geeinten sächsischen Demokratiebewegung mit starken Zweigvereinen in zahlreichen Städten.¹⁶ Ich nenne Leipzig, Dresden, Plauen, Chemnitz, weil sie im Kraftfeld einer älteren Demokratiebewegung ihren historischen Platz haben. Immer wenn etwas Umwerfendes geschah, passierte es hier oder übertrug sich zuerst hierher in diese Brennpunkte der Kommunikation. Auch im Herbst 1989 sind diese Städte Brennpunkte des Demokratiegeschehens gewesen, und das im Sinne urbaner Kontinuität, einer Intensität des gelebten Lebens in diesem städtereichen Sachsen, geleitet von Erfahrung, Kommunikation und Urteilskraft, vom Abwägen des noch Ertragbaren mit dem nicht mehr Aushaltbaren, dem, was der Mensch nicht hinnehmen kann, ohne sich selbst aufzugeben. In solcher Bedrängnis, noch bevor das Friedensgebet der mehr als 2 000 in der Nikolaikirche am 9. Oktober zu Ende war, ist draußen, in der eher säkularisierten Menge vor der Kirche, dieser Bekenntnissatz laut gesprochen oder gerufen worden, der in Sekundenschnelle zum Sprechchor wurde: *Wir sind das Volk!* – Das Fernsehen, dessen Berichterstattung zur Mobilisierung sehr viel beitrug, hat diesen Massenruf um den Erdball getragen. *Wir sind es, das Volk!* – Wir, mit dem Ruf nach Zulassung des Neuen

13 Zit. nach Walter Markov (Hg.), *Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789–1799*, Bd. 2: *Gesprochenes und Geschriebenes*, Leipzig 1982, S. 105.

14 Zit. nach Wolfgang Schieder, *Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830*, Stuttgart 1963, S. 317.

15 Zit. nach Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung*, S. 185.

16 Vgl. Siegfried Schmidt (Hg.), *Robert Blum. Briefe und Dokumente*, Leipzig 1981.

Forum,¹⁷ nicht ihr, die Mächtigen, seid es; nicht ihr, die Waffenträger, die hierher Befohlenen, nicht ihr Presseleute, die ihr uns den Stempel, Rowdys zu sein¹⁸ (das waren Honeckers Worte¹⁹), aufdrückt. *Wir sind das Volk – wir sind keine Rowdys!*²⁰ Diese Verknüpfung, die offensichtlich nur einmal, und zwar in einem Bericht für den engeren Zirkel der Macht um Mielke dokumentiert ist, enthüllt den entstehungsgeschichtlichen Zusammenhang des denkwürdigen Bekenntnissesatzes des Leipziger 9. Oktober *Wir sind das Volk!* Dieses Bekenntnis entstand aus der Zurückweisung einer Verleumdung, mit der Honecker den Demonstranten die Ehre abschnitt. Im Rezeptionsgeschehen durch Anschlußhandeln wurde die Bekenntnisformel dann aber spontan von der Zurückweisungsformel *Wir sind keine Rowdys!* abgetrennt. Das geschah im massenhaften Zugriff auf die Bekenntnisformel erstmals schon am 9. Oktober in Leipzig. Erst diese Umformung gab dem bekennenden *Wir sind das Volk!*, nachdem es aus dem Entstehungskontext heraus-

- 17 Die Geschichte des aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Neuen Forum, gegründet am 9. September in Grünheide bei Berlin in der Wohnung des 1982 verstorbenen marxistischen Oppositionellen Robert Havemann, bedarf der monographischen Darstellung. Das Neue Forum war wohl die am stärksten mit der Bürgerbewegung verbundene Organisation, die aus der friedlichen Revolution hervorgegangen ist. Es wurde „zum eigentlichen großen oppositionellen Ereignis in der Öffentlichkeit.“ Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 835. Zu den wenn auch unvollständigen örtlichen Einzeldaten siehe Aline Fiedler/Frank Tiesler (Bearb.), 1989. *Chronologie der Wende in Sachsen*, Dresden 1999.
- 18 Vgl. Leipziger Volkszeitung, 9. Oktober 1999: Rowdys beeinträchtigen ein normales Leben. „In Anrufen an die staatlichen Organe unserer Stadt und an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung zeigten sich die Bürger über das Rowdytum und die Störung des Zusammenlebens [am 7. Oktober – H. Z.] beunruhigt und verlangten, den Unruhestiftern entschieden zu begegnen.“
- 19 Siehe das Fernschreiben Honeckers vom 8. Oktober an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED. „Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie [die „gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates“ gerichteten Demonstrationen vom Vortage – H. Z.] den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätigen Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen.“ Zit. nach Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar bis November 1989*, Berlin 1990, S. 200.
- 20 Erstbelege für den 9. Oktober 1989 siehe Mitter/Wolle (Hg.), *Ich liebe euch doch alle*, S. 216; Innenverteiler MfS, Berlin, undatiert, darin die einzige Angabe zur Verknüpfung beider Sprechchöre. „Dabei wurden Parolen gerufen wie „Wir sind das Volk – wir sind keine Rowdys“, „Keine Gewalt“, „Freiheit, freie Wahlen“, „Pressefreiheit“, „Laßt die Gefangenen frei“, „Wir bleiben hier“, „Wir wollen Reformen“, „Neues Forum zulassen“, „Gorbi, Gorbi.“ Die Berichterstattung der SED-Bezirksleitung Leipzig und des Bezirksratsvorsitzenden Opitz registrierte zwar „Wir sind das Volk!“, aber nicht: „Wir sind keine Rowdys“, vermutlich im klaren Wissen, daß damit Honecker, auf den die Rowdy-Kampagne zurückging, persönlich getroffen wurde. Vgl. die Texte bei Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hg.), *Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989*. Dokumentation, Leipzig 1994, S. 460–462; weitere Belege im Leipziger Demontagebuch, S. 42, und bei Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung*, S. 97 (Zeitzeugenbericht vom 10. Oktober 1989).

gelöst war, seine politische Durchschlagskraft. Erst in diesem Gestaltwandel erhielt das bekennende *Wir sind das Volk!* sein radikales Eigengewicht. In diesem Gestaltwandel wurde es Postulat der Volkssouveränität, legitimierte es gegen Partei- und Staatsmacht gerichtetes Machthandeln, erhoben sich die, die es in Anspruch nahmen, in den Rang des politischen Volkes.

Die Städtenamen Leipzig, Dresden, Plauen, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, stellvertretend für zahlreiche sächsische Städte, benennen ein Kraftfeld. Es hat die nicht genehmigten, die friedlichen, aber keineswegs gewaltlosen Demonstrationen hervorgebracht, ihnen zur Permanenz verholfen und erste große Durchschlagskraft gegeben. Es hat die hauptstädtische Ostberliner Machtkonzentration in einem sich dann über fast drei Monate erstreckenden landesweiten Demonstrationsgeschehen tief erschüttert. Für Rostock hat Joachim Gauck diese Vorbildwirkung Sachsens bezeugt,²¹ für Wismar, wie überhaupt für Mecklenburg belegt sie Sven Abrokat.²² Gauck hat auch ausgesprochen, wie es dort berührte, als bekannt wurde, daß der Plauener Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr, noch am 8. Oktober, in einem brieflichen Protest an den Rat der Stadt²³ die Bevölkerung gebeten hatte, sie möge verzeihen, daß sich die Feuerwehr beim Wasserwerfereinsatz am Staatsfeiertag gegen die Demonstranten mißbrauchen ließ.²⁴ Das war ein Signal, das auch die Kampfgruppen gehört haben. Auf dem Eichsfeld läuteten, wenn in Leipzig die Montagsdemonstration begann, die Kirchenglocken als „ein Zeichen der Einheit für die Eichsfelder“, die Kerzen in die Fenster stellten, und der „Verbundenheit mit allen Menschen im Lande, die sich für die Erneuer-

- 21 Vgl. Joachim Gauck, Geleitwort. In: Curt Röder (Hg.), *Zivilcourage. Die friedliche Revolution in Plauen anhand von Stasi-Akten sowie Rückblicke auf die Ereignisse im Herbst 1989*, Plauen 1998, S. 8. Die frühe Dominanz des Geschehens in den sächsischen Bezirken ist ablesbar aus: Uwe Schwabe, *Chronik. Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks in der DDR vom August 1989 bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990*. In: Thomas Ahbe/Michael Hoffmann/Volker Stieler (Hg.), *Wir bleiben hier. Erinnerungen an den Herbst '89*, Leipzig 1999, S. 131–228. Schwabe verzeichnet Ort, Ziele, Aktionstyp und Teilnehmerzahl. Seine Chronik belegt das landesweite Geschehen der friedlichen Revolution in bisher nicht erreichter Genauigkeit.
- 22 Vgl. Sven Abrokat, *Politischer Umbruch und Neubeginn in Wismar von 1989 bis 1990*, Hamburg 1997, S. 121. Abrokat verweist auf „aggressive Handlungen gegenüber Bürgern aus dem Ostseebereich“, mit denen im Süden der DDR die Verspätung des Demonstrationshandelns beantwortet worden ist. „Diese Aktionen blieben allerdings Randerscheinungen.“ Ebd. – Am 23. Oktober bejubelten die Leipziger Demonstranten an der Brücke am „Konsument“ ein Bettuch-Transparent mit der Aufschrift *Mecklenburg schläft nicht!* Vgl. Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung*, S. 105. Siehe auch Lothar Probst, *Unter dem bunten Schmetterling. Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock*. In: Bernd Lindner (Hg.), *Zum Herbst '89. Demokratische Bewegung in der DDR*, Leipzig 1994, S. 139–148.
- 23 Vgl. Erklärung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen zu den Maßnahmen mit Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr am 7.10.1989. In: Thomas Küttler/Jean Curt Röder (Hg.), *Es war das Volk. Die Wende in Plauen. Eine Dokumentation*, 5. Aufl., Plauen 1993, S. 41.
- 24 Siehe den Zeitzeugenbericht bei Röder (Hg.), *Zivilcourage*, S. 333–336.

erung der Gesellschaft einsetzen“.²⁵ Von Leipzig aus, von Dresden, von Plauen, ebenso von frühen außersächsischen Kundgebungsorten, wie Arnstadt im Thüringer Wald,²⁶ ist die DDR als Ganzes in die Demokratiebewegung hineingedrängt worden.²⁷ Aus den Bezirken heraus hat die friedliche Revolution der Diktatur die Spitze abgebrochen. Die Oktoberdemonstranten haben sich, soweit im Oktober Gesprochenes und Geschriebenes heute in Texten vorliegt, in ihrer übergroßen Mehrheit für eine tiefgreifende Erneuerung der DDR, sozusagen an Haupt und Gliedern, ausgesprochen. Erst die Öffnung der Mauer seit dem 9. November 1989 hat die Zielvorstellungen binnen kurzem verändert, indem sie den Strukturbruch in Staat und Gesellschaft jetzt durchführbar erscheinen ließ. Deshalb polarisierte sie sofort. Die Novemberdemonstranten, es waren oft dieselben Menschen, von Woche zu Woche verstärkt durch die bis dahin „Stillen“ im Lande,²⁸ bildeten neue Mehrheiten. Die Richtungsänderung der Revolution vollzog sich mit der sich verändernden Wahrnehmung und Zielstellung aller dieser Menschen in geradezu unglaublicher Dynamik.

Vor allem unter Kulturschaffenden und Künstlern in Ost-Berlin ist seit dem unruhigen sächsischen September '89 die Sorge nicht mehr gewichen, daß sich draußen im Lande, und das waren zuerst die sächsischen Bezirke, eine Empörung aufstaute, deren Entladung das Ende der DDR zur Folge haben könnte,²⁹ womit die Erneuerung der DDR durch Perestroika und Glasnost die staatliche Grundlage verlöre. Aus dieser Sorge kam es am 4. November '89 zu der späten, von der Staatsmacht nach wochenlangem Hin und Her³⁰ genehmigten, mit den Initiatoren koordinierten, ja polizeilich hundertfach abgesicherten Alexanderplatzdemonstration der 500 000. Die Ost-Berliner gaben der mit staatserhaltendem Ziel angelegten Demonstra-

25 Vgl. Hans-Gerd Adler, *Wir sprengen unsere Ketten. Die friedliche Revolution im Eichsfeld. Eine Dokumentation*, Leipzig 1990, S. 31.

26 Dazu Manfred Leyh, *Arnstadt im Herbst 1989*. In: Lindner (Hg.), *Zum Herbst '89*, S. 94–103.

27 Vgl. Uwe Schwabe, *Chronik. Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks in der DDR*; ders., *Der Herbst '89 in Zahlen - Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990*. In: *Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 3: Opposition in der DDR vom Ende der 70er bis zum Ende der 80er Jahre* (im Druck). Zu Mecklenburg, wo „größere politische Aktionen später und verhaltener einsetzen als in den sächsischen Gebieten“, siehe Abrokatz, Wismar, S. 121. Erste Demonstrationen fanden in Rostock am 19. Oktober statt, in Parchim am 26. Oktober, in Wismar am 1. November (am 7. November schon mit 50 000 Teilnehmern). Vgl. ebd., S. 121, 125, 226.

28 Vgl. Zwahr, *Die Revolution in der DDR*, S. 40.

29 Siehe Erste Resolution der Rock-Künstler vom 18. September 1989 (Berlin) und Erklärung der Künstler des „Berliner Ensembles“ vom 29. September 1989. In: Charles Schüddekopf (Hg.), *„Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution*, Hamburg Januar 1990, S. 39f., 43f. Die Zweite Resolution der Rock-Künstler vom 16. Oktober 1989 ebd., S. 142f.

30 Vgl. die Dokumentation im Anhang des Bild- und Textbandes von A. Hahn u. a. (Hg.), *4. November '89*, Frankfurt a. M. 1990, S. 217–219.

tion dennoch systemsprengende Wucht, indem sie auf Transparenten und Schildern, selbst an U-Bahn-Zugängen, die Forderung nach freien Wahlen erhoben, der sich zu diesem Zeitpunkt *keiner* der Kundgebungsredner anschloß, auch keiner der Bürgerrechtler unter ihnen.³¹

Ein Revolutionsgeschehen hängt vom Ausmaß der Staatskrise, die meist zugleich auch Systemkrise ist, wesentlich ab, aber nicht minder von der Entscheidung der vielen Einzelnen, die diese Krisenhaftigkeit, indem sie handeln, zunehmend erkennen, verarbeiten und dabei die Ziele weiter stecken, sofern das angesichts der vor ihnen zusammengeballten Macht nicht als der helle Wahnsinn erscheint. So gesehen, löst Massenhandeln einen gesellschaftlichen Problemstau auf, den die herrschende Elite nicht mehr bewältigen kann. Das ist die Revolution, und die Ergebnisse nehmen, je nachdem welche Gegeneliten bereit stehen oder am Geschehen direkt beteiligt sind, unverwechselbare Gestalt an.

Im Herbst 1989 sind in den sächsischen Bezirken der DDR – inmitten einer international günstigen Situation von Perestroika-Erosion und sowjetisch-amerikanischer weltpolitischer Annäherung³² – Entscheidungen von historischer Tragweite gefallen, und zwar im Handeln vieler scheinbar unbedeutender Menschen, Männer, Frauen, Jugendlicher, die davon ausgehen konnten, ohne es wirklich zu wissen, daß die sowjetischen Panzer – anders als 1953, 1956, 1968 – nicht zum Einsatz kommen würden. Vor Ort war die Lage unübersichtlich. In Plauen am 7. Oktober kam der sowjetische Kommandant in das VPKA (Volkspolizeikreisamt) und bot an, zwei Regimenter, die am Stadtrand stationiert waren, gegen die Demonstranten einzusetzen, was der Polizeioffizier ablehnte.³³ Im mecklenburgischen Voßkuhl befand sich die Frau des Kommandanten der Garnison Wismar am 9. Oktober unter den Teilnehmern der ersten Zusammenkunft von Sympathisanten des Neuen Forum. Das Mikrofon des Neuen Forum gehörte der Garnison, deren Chef in Vorbereitung des Treffens erklärt haben soll: „Wenn euch die Staatssicherheit jagt, machen wir das Kasernentor auf.“³⁴

31 Zur Alexanderplatz-Demonstration eingehend Hartmut Zwahr, Die Revolution in der DDR im Demonstrationsvergleich. Leipzig und Berlin im Oktober und November 1989. In: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays. Hans-Ulrich Wehler zum 65. Geburtstag, München 1996, S. 335–350.

32 Dazu Michael Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987; James Baker, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996; Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991; Michail Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995; Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1995; Vernon A. Walters, Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994; siehe auch Neubert, Geschichte der Opposition, S. 635–637.

33 Vgl. Röder (Hg.), Zivilcourage, S. 329.

34 Abokat, Wismar, S. 162, 228.

Die Ereignisgeschichte zeigt strukturell das Ineinandergreifen zweier Bewegungen, einer *Bürgerrechtsbewegung* und einer *Bürgerbewegung*.³⁵ Erstere ist aus den Kirchen, vor allem der evangelischen, wie aus dem engen Umfeld der Kirchen hervorgegangen. Wichtige Ursprünge und Ziele waren solche der Friedensbewegung und des konziliaren Prozesses. 1983 hatte der Ökumenische Rat der Kirchen alle christlichen Kirchen zu einem konziliaren Prozeß „gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ eingeladen. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR unterstützte das Vorhaben einer ökumenischen Weltversammlung und bat im September 1985 in Dresden „Gemeinden und Gruppen“ um vorbereitende Schritte, die der Stadtökumenekreis Dresden am 13. Februar 1986, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens, mit dem Vorschlag beantwortete, „eine ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen im Gebiet der DDR“ für 1988 einzuberufen. Im Juni 1987 wurde Superintendent Christof Ziemer zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Vorstandes der Vorbereitungsgruppe gewählt; sie rief bald darauf „alle Christen und Gemeinden und die in diesen Fragen besonders engagierten Gruppen“ auf, Vorschläge zu den drei großen Themenkreisen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ einzubringen.³⁶ Die Sessionen der ökumenischen Versammlung, zu deren Präsidenten Christof Ziemer, Dresden, gewählt worden war, haben von Februar 1988 bis April 1989, bei Mitwirkung der Katholischen Kirche, begünstigt durch die Verantwortungsübernahme der Evangelischen Kirche, breitenwirksam und nachdrücklich Kritiken und Perspektiven für die Entwicklung der DDR aus der Sicht des christlichen Glaubens formuliert. Auf diese Weise entstand faktisch ein innenpolitisches Reformprogramm zu „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“. Es hat die Akteure in den Gemeinden, Gruppen und Kirchenleitungen in politische Lernprozesse von „teilweise fast revolutionärer Brisanz“³⁷ einbezogen bzw. schon vorhandene Überzeugungen kirchenpolitisch legalisiert, dadurch gestärkt und zu bekennendem Handeln überleitet, wenn auch Grundsatzfragen, wie die Möglichkeit

35 Zur Unterscheidung beider Hartmut Zwahr, *Die Revolution in der DDR 1989/90 – eine Zwischenbilanz*. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), *Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz*, Weimar 1995, S. 231–243.

36 Vgl. den Aufruf „Eine Hoffnung lernt gehen“; dazu Josef Schmid, *Kirchen, Staat und Politik in Dresden zwischen 1975 und 1989*, Weimar 1998, S. 386; zur Vorgeschichte der Ökumenischen Versammlung siehe ebd., S. 382–400, zur ersten (Dresdner) Session vom 12. bis 15. Februar 1988, zur zweiten (Magdeburger) Session vom 8. bis 11. Oktober 1988 und zur dritten (Dresdner) Session vom 26. bis 30. April 1989 siehe ebd., S. 464–477; ferner Anke Silomon: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. *Die Friedensdekaden der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1983*, Weimar 1999.

37 So Wolfgang Rüdtenklaus *Bewertung der 12 Ergebnistexte der Ökumenischen Versammlung vom April 1989*. Zit. nach Schmid, *Kirchen, Staat*, S. 478.

eines „verbesserlichen Sozialismus“³⁸, offenblieben, da eine erklärtermaßen systemimmanente Opposition, wie es zurückschauend heißt, nicht aus dem System heraustreten konnte. „Insofern konnte die Ökumenische Versammlung kein politisches Oppositionsprogramm bieten, das offen die DDR in Frage stellte.“³⁹ Das taten auf ihre Weise die Ausreisewilligen, die nach der deutschen Einheit verlangten, während sich die Ökumenische Versammlung die Frage zu beantworten suchte: „Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein?“⁴⁰ Dennoch: Das ökumenische Geschehen hat die Bürgerrechtsbewegung gestärkt und ungemein ermutigt.⁴¹ In ihren Zielen wie in dem Glauben, der die Menschen erfüllte, lag eine große Kraft. In der Interaktion und den symbolischen Formen friedensbewegten Handelns drückte sie sich mitreißend aus.

Eine kaum zu überschätzende Kraft ging landesweit von Pfarrern und Kirchengemeinden aus, die sich dem ökumenischen Prozeß in seiner gesellschaftsverändernden Dimension geöffnet hatten. In ihnen besaßen Bürgerrechtler einen starken Rückhalt. Fast überall in Sachsen bildeten, betrachtet man das Geschehen am Ort, Friedensgebete und Gebetsandachten den Beginn koordinierten oppositionellen Gegenhandelns;⁴² das ist unbestritten, ungeachtet bis heute nachwirkender ernster Spannungen, die sich aus dem Aktionismus der alternativen Gruppen für den Umgang des Staates mit der Kirche und umgekehrt, aber auch für das Verhältnis zwischen Kirchenleitung und Gruppen ergaben.⁴³ Dafür steht, als Beispiel, ein Predigttext von Pfarrer Wonneberger, Leipzig, gesprochen am 25. September beim Friedensgebet in der wegen Überfüllung geschlossenen Nikolaikirche: „Mit Gewalt“, so begann Christoph Wonneberger, „sagt der Friseurgehilfe das Messer an meiner Kehle – ‚ist der Mensch zu ändern!‘ Mein Kopfnicken beweist ihm das Gegenteil. [Lachen, Beifall]. Mit Gewalt ist der Mensch durchaus zu ändern. Mit Gewalt läßt sich aus einem ganzen Menschen ein kaput-

38 Dazu Neubert, Geschichte der Opposition, S. 792.

39 Ebd.

40 Ebd., S. 793.

41 Als Beispiel: Christof Ziemer, Wort zur Situation, gesprochen am 7. Oktober in der Vesper der Kreuzkirche, wiederholt in allen Dresdner Kirchengemeinden zu den Gottesdiensten am darauf folgenden Sonntag. Vgl. Bahr, Sieben Tage, S. 99f.

42 Vgl. Fiedler/Tiesler (Bearb.), 1989, S. 25–129. In Städten und Dörfern entstanden auch Bürgerinitiativen (Bürgerkomitees) ohne oder in nur lockerer Kirchenbindung sowie zahlreiche Gründungskreise und dann Ortsorganisationen des Neuen Forums, die entweder von kirchlichen alternativen Gruppen und Persönlichkeiten ausgingen oder sich an diese anlehnten und umgekehrt. – Die aus Umfrageergebnissen erarbeitete Chronik ist natürlich unvollständig; sie enthält bedauerliche Fehler. Der „Rentner aus Plauen, der bei der Demonstration am 7. Oktober Fotos machte“, ebd., S. 38 und diese, in die Unterwäsche gut eingenäht (vgl. Curt Röder [Hg.], Zivilcourage, S. 300), der „Frankenpost“ in Hof am 9. Oktober übergab, wo sie tags darauf erschienen, war Annaliese Saupe.

43 Dietrich/Schwabe (Hg.), Freunde und Feinde, S. 206–208, 217–219, 251, 254–257, 263f., 266f., 286f., 318f., 328f., 370f., 374f., 430f., 447–450.

ter machen [Beifall], aus einem freien ein gefangener, aus einem lebendigen ein toter. Beweise dafür gibt es viele [durch die ganze Geschichte]. [...] Wer Gewalt übt, mit Gewalt droht und sie anwendet, wird selbst Opfer der Gewalt. Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen. Wer die Kalaschnikow nimmt, hat mit einem Kopfschuß zu rechnen. [Langer Beifall] – Das ist nicht begrüßenswert, ich finde, das ist einfach so –. Wer eine Handgranate wirft, kann gleich eine Armamputation einkalkulieren. Wer einen Bomber fliegt, erscheint selbst im Fadenkreuz. Wer einen Gummiknüppel schwingt, sollte besser einen Schutzhelm tragen. [Langer Beifall]. Wer andere blendet, wird selbst blind. Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat bald selbst keine Fluchtwege mehr. [Lachen, Beifall]. Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen.“⁴⁴

Spüren wir noch, daß die Dinge hier, auch in der Vorwegnahme des Kommenden, das so, wie es kam, niemand voraussehen konnte, auf des Messers Schneide standen? „Wer die Kalaschnikow nimmt, hat mit einem Kopfschuß zu rechnen.“ Von wem, frage ich. Von den jungen Rekruten, die die Gewehre umdrehen würden?

In Dresden in der Kathedrale, am 4. Oktober, standen plötzlich 52 junge Leute und erklärten dem Küster, daß sie die Kirche erst wieder verlassen würden, wenn ihnen von den staatlichen Stellen Ausreisepapiere in die Bundesrepublik übergeben würden. Dabei erzählten sie, daß sich eine furchtbare Schlägerei in und vor dem Hauptbahnhof abgespielt habe, der sie entgangen seien.⁴⁵ Darüber schrieb in jenen Tagen der Bereitschaftspolizist Thomas Glöß seinem Seelsorger: „Dort standen uns Leute gegenüber, die die Polizei mit Steinen, Brandflaschen und Säureflaschen bewarfen. Unser Zug war mit dabei, als der Hauptbahnhof belagert wurde und am Donnerstag auf der Prager Straße. Man holte uns erst relativ spät und stellte uns zuerst dorthin, wo es am gefährlichsten war. Wir hatten nichts als Angst. Auf unsere Schilde prasselten Steine, vor uns schlugen Brand- und Säureflaschen auf den Asphalt. Zwei Mann von uns kippten um. Steine hatten ihre Visiere durchschlagen. Danach wurden wir aus der ersten Reihe herausgenommen und mußten unsere Schilde ablegen. Dann wurden wir zu Fünfergruppen aufgeteilt und in die Massen hineingejagt. Unsere Offiziere, die Schutzpolizei und die Stasi blieben in sicherem Abstand hinter der Sperrkette. In diesen Minuten hatte ich das erste und bis jetzt einzige Mal in meinem Leben das Gefühl von Todesangst. Vor uns die wütenden Menschenmassen und hinter uns die Offiziere samt Stasi und in der Kaserne der Militärstaatsanwalt. Das, was wir dort drinnen in der Menschenmenge angerichtet haben, taten wir aus Angst und einfach aus Überlebenswillen.“⁴⁶ Vier Tage später, am 8. Oktober, inmitten eines Demonstrationzuges, der sich in der ganzen Breite der Prager

44 Zit. ebd., S. 418f. Vgl. auch Christoph Wonneberger, Ich habe immer tun müssen, was ich für richtig hielt. In: Lindner (Hg.), Zum Herbst '89, S. 192–199.

45 Vgl. Bahr, Sieben Tage, S. 43f.

46 Zit. ebd., S. 76f.

Straße in Richtung Altmarkt bewegte, am Ende aber von der bewaffneten Macht eingekesselt wurde, stimmten junge Leute Sprechchöre an: *Gorbi, Gorbi! – Keine Gewalt! – Schließt euch an! – Wir bleiben hier! – Neues Forum!* – und begannen, wie in Leipzig am 25. September und am 2. Oktober, trotz „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ zu singen.⁴⁷ „Die Menge, die ich überblicken konnte, füllte die gesamte freie Fläche der Straße. Später erkannte ich, daß sich weitere Demonstranten am Lenindenkmal und hinter dem Hotel Newa in Richtung Leningrader Straße versammelt hatten.“⁴⁸ In diesem bedrohlichen Stau von Menschen, Wut, Angst auf beiden Seiten – die Demonstranten vorn hatten sich hingesezt –, gelang es Kaplan Frank Richter und Kaplan Andreas Leuschner, mit „einem Verantwortlichen in Zivil“ auf der Seite der Polizeieinheiten, zwischen denen die Menschen eingekesselt waren, zu verhandeln.⁴⁹ Auf Zuruf bildete sich etwas später eine Gruppe, die, bestätigt durch den Beifall der Demonstranten, das Mandat für Verhandlungen mit Oberbürgermeister Berghofer, hinter dem Modrow stand, erhielt. Die „Gruppe der 20“ in ihrer ersten Zusammensetzung war entstanden.⁵⁰ Nach Dresdner Muster bildeten sich solche Bürgerorgane am 11. Oktober in Plauen⁵¹ und am 12. Oktober in Karl-Marx-Stadt.⁵²

Die von der Bürgerrechtsbewegung angestoßene Bürgerbewegung in ihrer so nicht vorhersehbaren Entschlossenheit war Ergebnis der akuten Staatskrise, nicht umgekehrt. Die Bürgerbewegung hat die Staatskrise dann zur Zerfallskrise der DDR ausgeweitet. Diese Kraft war nicht parteigeleitet, sondern weitestgehend selbstbestimmt und die eigentliche Innovation in dieser friedlichen Revolution; denn sie behauptete gegenüber der Partei- und Staatsmacht, aber auch gegenüber den dialogbereiten Reformern aller Richtungen die Hegemonie auf den Straßen, die Permanenz der Demonstration. *Montags sind wir wieder da!* – und – *Jeder bringt noch einen mit!* sangen einige Tausend Leipziger, bevor sie nach der Montagsdemonstration am Neuen Rathaus auseinandergingen. Die Demonstrationspermanenz ist durch sehr bewußtes, auch symbolisches Handeln zuerst in Leipzig durchgesetzt worden.

In den meisten sächsischen Kundgebungs- und Demonstrationsorten bildeten Demonstranten die Mehrheit, die das Angebot, die Straße zu verlassen, ablehnten. An ihrer Entschiedenheit scheiterte das Machtkalkül, die Demonstrationsbewegung durch Dialog zu lähmen. Es gab auch Nichtbe-

47 Ebd., S. 124.

48 Kaplan Frank Richter, vgl. ebd., S. 125.

49 Vgl. ebd., S. 124–129; Detlev K., Polizeioffizier der Sondereinheit auf der Prager Straße, beschreibt die Ereignisse aus der Sicht der Gegenseite, ebd., S. 129–135. Auch er belegt den Sprechchor „Keine Gewalt!“. Ebd., S. 130.

50 Dazu Michael Richter/Erich Sobeslavsky, Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Weimar 1999.

51 Vgl. Küttler/Röder (Hg.), Es war das Volk, S. 48; Röder (Hg.), Zivilcourage, S. 291, 294.

52 Vgl. Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991, S. 58.

teiligte, von denen sich die einen verunsichert oder furchtsam oder am Erfolg zweifelnd, die anderen demonstrativ vom Geschehen fernhielten, weil sie ahnten, was für sie folgen würde; wieder andere blieben Zuschauer.

Die Demonstration auf Dauer zu stellen, war die historisch vielleicht hervorstechendste Leistung des Massenhandelns. Permanenz ist für Leipzig seit September nachgewiesen, für Plauen⁵³ und Dresden⁵⁴ seit dem 7. Oktober. So kam es, ausgehend von Sachsen, zu republikweitem Anschlußhandeln. Von der Bürgerbewegung sind strukturbrechende politische Forderungen ausgegangen.

Sprechchor- und Transparentforderungen der ostdeutschen Bürgerbewegung, 4. September bis 17. November 1989⁵⁵ in Auswahl:

	zuerst am
<i>Wir wollen raus!</i>	4. September: Leipzig, Sprechchor ⁵⁶
<i>Nehmt uns mit in die BRD!</i>	4. September: Leipzig, Sprechchor ⁵⁷
<i>Wir bleiben hier!</i>	4. September: Leipzig, Sprechchor ⁵⁸
<i>Freiheit!</i>	4. September: Leipzig, Sprechchor
<i>Versammlungsfreiheit/Reisefreiheit!</i>	4. September: Leipzig, Transparent

53 Dazu Röder (Hg.), *Zivilcourage*, S. 95–184. Mit dem Ruf „Wir kommen wieder!“ gingen die Demonstranten auseinander. Ebd., S. 347. Siehe auch Küttler/Röder (Hg.), *Es war das Volk*, S. 120–122 (Tagebuchaufzeichnung von Margarete Koch am 7. Oktober 1989).

54 Zur ersten Demonstration am 7. Oktober Bahr, *Sieben Tage*, S. 101.

55 Erfasst werden Zeitpunkt und Ort des Erstnachweises, soweit Quellen vorliegen.

56 Ruf der Ausreisewilligen unter den rund 1000 Friedensgebetsteilnehmern. Das Friedensgebet am 4. September 1989 in der Nikolaikirche war das erste nach einer mehrwöchigen Sommerpause; es fiel in die Zeit der Herbstmesse. Ein Demonstrationsversuch in Richtung Markt wurde von Sicherheitskräften unterbunden.

57 Zur Ausreise entschlossene Friedensgebetsteilnehmer riefen dies den Sendeteams von ARD und ZDF und zahlreichen Korrespondenten der „Westpresse“ zu, die sich, zur Messe in Leipzig anwesend, auf dem Kirchenvorplatz eingefunden hatten. „Auf heißen Montag Abend einstellen. Kirche wird voll sein zum Bersten, umlagert von Journalisten.“ Aus der Mitschrift von Oberstleutnant Seidel auf der Dienstversammlung des MfS am 2. September in der Bezirksbehörde Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit, zit. nach Dietrich/Schwabe (Hg.), *Freunde und Feinde*, S. 379. Nach dem Demonstrationsversuch zogen die Ausreiseantragsteller durch Ritter- und Goethestraße zum Hauptbahnhof.

58 Sprechchor, mit dem Mitglieder aus den Basisgruppen den Ausreiseantragstellern entgegentraten, um ihnen die zu erwartende Demonstration nicht allein zu überlassen. Auf diese Weise polarisierten sich erstmals „Ausreiser“ und „Hierbleiber“ in aller Öffentlichkeit. Dazu Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung*, S. 14f. Die Transparente „Versammlungsfreiheit – Reisefreiheit“ und „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, „Reisefreiheit statt Massenflucht“ waren solche der „Hierbleiber“. Fortan habe man gemeinsam demonstriert, wenn auch aus unterschiedlichen Motivationen heraus. Vgl. LVZ, 21./22. August 1999: *Die doppelte Montagsdemo – Wer war vor zehn Jahren dabei? – Das spätere Auseinanderdriften von großen Gruppen der Oktoberdemonstranten, die für die Erneuerung der DDR auf die Straße gegangen waren, und einer Mehrheit von Wiedervereinigungsdemonstranten war bereits zu diesem Zeitpunkt in diesem Konflikt zwischen Basisgruppen und „Ausreisern“ angelegt.*

<i>Für ein offenes Land mit freien Menschen!</i>	4. September: Leipzig, Transparent
<i>Reisefreiheit statt Massenflucht!</i>	4. September: Leipzig, Transparent
<i>Stasi raus!</i>	23. September: Weißenfels, Sprechchor
<i>Neues Forum zulassen!</i>	25. September: Leipzig, Sprechchor
<i>Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!</i>	25. September: Leipzig, Sprechchor
<i>Demokratie, jetzt oder nie!</i>	2. Oktober: Leipzig, Sprechchor
<i>Gorbi, Gorbi!</i>	2. Oktober: Leipzig, Sprechchor
<i>Stasi weg!</i>	2. Oktober: Leipzig, Sprechchor
<i>Keine Gewalt!</i>	7. Oktober: Dresden, Sprechchor
<i>SED, das tut weh!</i>	7. Oktober: Plauen, Sprechchor
<i>Deutschland!</i>	7. Oktober: Plauen, Sprechchor
<i>Freie Wahlen!</i>	9. Oktober: Leipzig, Dresden, Sprechchor
<i>Wir sind das Volk!</i>	9. Oktober: Leipzig, Sprechchor
DDR	21. Oktober: Plauen, Transparent
<i>Die Mauer muß weg!</i>	23. Oktober: Leipzig, Sprechchor
<i>Freiheit für die ČSSR</i>	30. Oktober: Leipzig, Transparent
<i>Gebt die Macht dem Volk!</i>	6. November: Heiligenstadt, Sprechchor
<i>Grenze öffnen!</i>	6. November: Leipzig, Sprechchor
<i>Ohne SED!</i>	6. November: Leipzig, Sprechchor
<i>Jagen wir die SED endlich davon!</i>	6. November: Leipzig, Transparent
<i>SED – Sand im deutschen Getriebe!</i>	10. November: Auerbach, Vogtland, Transparent
<i>Es wird weiter demonstriert, bis die Partei die Macht verliert!</i>	11. November: Plauen, Sprechchor
<i>S – So</i>	
<i>E – Endet</i>	
<i>D – Diese Republik.</i>	11. November: Plauen, Transparent
<i>Deutschland einig Vaterland!</i>	13. November: Leipzig, Sprechchor
<i>Schwarz-rot-gold. Sachsen Freistaat.</i>	
<i>Freies Europa.</i>	13. November: Leipzig, Transparent
<i>Nieder mit der SED!</i>	17. November: Auerbach, Sprechchor
<i>Volkskammer weg!</i>	17. November: Auerbach, Vogtland, Sprechchor ⁵⁹
<i>Vogtland unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.</i>	17. November: Auerbach, Vogtland, Transparent

59 Antwort auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Modrow vom 17. November vor der Volkskammer, mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vertragsgemeinschaft herzustellen.

Das Bekenntnis Friedrich Schillers „Wir sind ein Volk!“: Tell: Rütli-Szene (zuerst nachgewiesen in einem Flugblatt Leipziger Basisgruppen vom 9. Oktober, das an die Machttträger der DDR appellierte, Gewalt gegen das eigene Volk, das der DDR, nicht einzusetzen⁶⁰) gab es als Sprechchor nicht. Das ist Legende.

Demonstrationshandeln ist friedliches Gewalthandeln. Durch Friedfertigkeit ist bewaffnete Gewalt, zuerst in Dresden am 8. Oktober und endgültig in Leipzig am 9. Oktober, gebannt worden, und zwar in einer besonderen historischen Situation, in der die sowjetischen Streitkräfte in den Kasernen blieben. Gewalt, wie in Leipzig am 2. Oktober⁶¹, in Dresden⁶² vom 4. bis 7. Oktober und am 7. Oktober an zahlreichen anderen Orten, besonders Ost-Berlin, ist danach nicht mehr durchgebrochen.

In den Anfängen der friedlichen Revolution haben Demonstranten, während sie Demonstrationsgewalt verkörperten, Gewalt ertragen, allenthalben am 7. Oktober, wo in Karl-Marx-Stadt, um dieses Beispiel zu nennen, ein Unteroffizier, der in Uniform demonstrierte, aus dem Schweigemarsch heraus festgenommen und dann mißhandelt wurde.⁶³ Seine Teilnahme zeigt den Riß, der durch die Volksarmee mitten hindurchging. Auf alles waren die Machttträger vorbereitet, um dem Gegner mit Waffengewalt zu antworten. Kaum oder nicht vorbereitet aber standen sie der friedlichen Demonstrationsgewalt Zehntausender und bald schon Hunderttausender gegenüber. So scheiterten sie an Unbewaffneten, an deren Massenhaftigkeit und deren Symbolen, auch an dem Lichtersymbol der Kerzen, dem christlichen Zeichen der Hoffnung und Friedfertigkeit,⁶⁴ und zugleich am eigenen Zweifel, an der Erosion der Staatsziele und Glaubensinhalte, bis sie in der friedfertigen Aktion vielleicht sogar schon den Nachbarn aus dem Haus nebenan erkannten. Ich zitiere einen der Leipziger Sechs vom 9. Oktober, einen der Bezirkssekretäre der SED: Er habe gehandelt „aus Angst vor dem, was hätte passieren können. Und ich habe hinzugefügt, daß ich dann weder meiner Familie noch meinen zahlreichen Freunden in die Augen hätte blicken kön-

60 „Wir sind ein Volk. Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden.“ Zit. nach Mitter/Wolle (Hg.), Ich liebe euch doch alle!, S. 219; Appell, Leipzig, den 9. Oktober 1989, gez. Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Arbeitsgruppe Umweltschutz.

61 Dazu Zwahr, Ende einer Selbsterstörung, S. 36–52: Augenzeugenbericht.

62 Dazu Bahr, Sieben Tage, S. 23–174.

63 Tino Holder, siehe Auferstanden aus Ruinen, S. 40.

64 Auf dem Eichsfeld brannten schon am Abend des 6., 7. und 8. Oktober in vielen Fenstern Kerzen als Hoffnungszeichen. Dazu Adler, Wir sprengen unsere Ketten, S. 20, ferner S. 27; S. 34 mit dem Hinweis auf die Lichterprozession vom 19. und vom 26. Oktober zum Rathaus, „um dort ihre Kerzen als Zeichen der Hoffnung für einen Wandel in unserem Land aufzustellen.“ Im protestantischen Auerbach (Vogtland) fand die erste Demonstration am 27. Oktober statt. Viele Demonstranten trugen Kerzen mit „Tropfringen“, dem sogenannten „Demobesteck“. Vgl. Die Wende im Kreis Auerbach, S. 25. Die Kerzensymbolik ist die gleiche wie auf dem katholischen Eichsfeld. Kerzensymbole sind im Oktober 1989 belegt für Lugau (am

nen, daß ich dann Schuld auf mich geladen hätte, mit der ich nicht hätte leben können.“⁶⁵ Anders die Machträger an der Spitze. Sie scheuten aus Gründen des Machterhalts vor dem Äußersten zurück, so Honecker am Abend des 13. Oktober, mit Blick auf den Leipziger 9. Oktober, als Berlin die Entscheidung den Machträgern vor Ort überließ.⁶⁶ Honecker befahl der Bezirksbehörde der VP Leipzig, „unter allen Umständen“ zu verhindern, daß es am 16. Oktober erneut „zu Massendemonstrationen im Zentrum von Leipzig“ komme; deshalb seien Fallschirmjäger der NVA und Spezialkräfte des MfS nach Leipzig zu verlegen. Aber: „Unter keinen Umständen ist die Schußwaffe durch die Schutz- und Sicherungskräfte zum Einsatz zu bringen. Alle Maßnahmen unternehmen, daß, soweit wie möglich, der friedliche Ausgang der Demonstration gewährleistet wird. Es dürfen keine Maßnahmen eingeleitet werden, die zu einer Zuspitzung der Situation führen können.“⁶⁷ Bis zu diesem Zeitpunkt war der Gebrauch der Schußwaffe also nicht ausdrücklich untersagt. Daß er nach dem Dresdner 8. und dem Leip-

6. Oktober: eine Gruppe Jugendlicher aus der Jungen Gemeinde auf dem Weg zum Rathaus), Zwönitz (am 6. Oktober), Markneukirchen (7. und 8. Oktober), Olbernhau (20. Oktober: brennende Kerzen werden am Rathaus abgestellt), Karl-Marx-Stadt (brennende Kerzen werden vor dem Marx-Monument abgestellt), Lengenfeld (21. Oktober), Mühltröfz (23. Oktober), Colditz (23. Oktober), Bad Elster (25. Oktober), Reichenbach (25. Oktober: Kerzen werden vor dem Gebäude des Volkspolizeikreisamtes und der SED-Kreisleitung abgestellt), Görlitz (26. Oktober; jeden Donnerstag stellten Görlitzer als Zeichen der Solidarität mit dem Neuen Forum abends eine brennende Kerze ins Fenster), Sebnitz (26. Oktober), Zwota (27. Oktober: Schweigemarsch), Schönberg (28. Oktober), Freiberg (29. Oktober), Schwarzenberg (30. Oktober: Kerzen werden an den Gebäuden der SED-Kreisleitung und des MfS abgestellt). Vgl. Fiedler/Tiesler (Bearb.), 1989. Kerzensymbolik, selbst wenn sie keine Erwähnung findet, ist für alle Demonstrationen, die aus Friedensgebeten und Friedensandachten hervorgingen, anzunehmen.

- 65 Leserbrief von Dr. Kurt Meyer, Leipzig. In: LVZ, 9. Juni 1999: zum Beitrag „Habe gehandelt, weil ich Angst hatte“ (LVZ, 31. Mai 1999).
- 66 Dazu Zwahr, Ende einer Selbsterstörung, S. 79–102, 184–191, besonders die S. 100, 190. Im Rückblick kommentierte SED-Bezirkssekretär Wötzel: „Es drohte Krieg.“ Roland Wötzel, Jochen Pommert und Kurt Meyer schilderten die Situation, vor der sie am 9. Oktober 1989 standen, die oben getroffene Analyse bestätigend, so: „Die Partei war von den 70 000 einfach überrascht worden. Auch Lange betonte, diese Situation haben die Massen entschieden. Verunsichert habe der 2. Sekretär der Bezirksleitung Helmut Hackenberg die drei gefragt: „Was soll ich jetzt machen?“ Die Antwort des Trios: „Zurückziehen!“ Hackenberg habe die Zentrale in Berlin gefragt und von Krenz die Antwort erhalten: „Du kriegst gleich Nachricht.“ Doch das Telefon klingelte erst, als alles vorbei war. Hackenberg: „Jetzt brauche ich Euch nicht mehr. Jetzt sind sie rum.“ [Um den innerstädtischen Ring – H. Z.]. Vgl. LVZ, 31. Mai 1999: Drei Ex-SED-Sekretäre, Unterzeichner des Leipziger Aufrufs, über den 9. Oktober 1989.
- 67 Befehl Nr. 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in Leipzig vom 13. Oktober 1989, enthalten in einer Aktennotiz der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig vom 14. Oktober. Zit. nach Tobias Hollitzer: „Heute entscheidet es sich: Entweder die oder wir“ – zum 9. Oktober 1989 in Leipzig. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung. In: Horch und Guck 7 (1998), H. 23, S. 36f.

ziger 9. Oktober strikt verneint wurde, war Folge der überwältigenden Geschlossenheit des Massenhandelns.

Der Minister des Innern, Dickel, setzte den Chefs der Bezirksbehörden der Volkspolizei am 21. Oktober in Berlin auseinander, daß „Handlungen“ der Polizei „gegen Demonstranten und Kundgebungen“, selbst wenn diese ungesetzlich seien, nur erfolgen sollten, „wenn Gewalttaten“ begangen „oder durch Teilnehmer Schutz- und Sicherheitskräfte bzw. Objekte“ angegriffen würden. Diese defensive Haltung folgte ausschließlich dem Machtkalkül. „Was sollen wir machen?“, fragte Dickel, „sollen wir dazwischengehen bei 20 000, 30 000, 40 000 Bürgern? Da können wir gleich SPW [Schützenpanzerwagen – H. Z.] oder Panzer einsetzen. [...] Natürlich ist das im Moment ein Zurückweichen, aber ich sage Euch noch einmal, bei Größenordnungen von 20, 30, 80 oder Hunderttausend ist gar nichts anderes möglich. Am Montag ist das gleiche wieder in Leipzig; das geht jetzt schon wochenlang, und wir schlagen uns hier die Nächte um die Ohren. [...] Umzugehen, schießen, liebe Genossen, und daß die Panzer dann vor der Bezirksleitung und vor dem ZK stehen, das wäre noch die einfachste Sache. Aber solch eine komplizierte Situation nach 40 Jahren DDR?“⁶⁸ Was hat sich hier wirklich zugetragen? Ein Staatszusammenbruch und kaum mehr, wie aus einer kürzlich in München erschienenen umfangreichen „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ herauszulesen ist,⁶⁹ ohne daß die Ereignisse in ihrer Dynamik und in der Wirkung der Permanenz friedlicher Massengewalt auch nur erörtert werden, oder eine friedliche Revolution? Fast entschuldigend hatte Dickel erklärt: „Ich würde am liebsten hingehen und diese Halunken zusammenschlagen, daß ihnen keine Jacke mehr paßt. Ich war 1953 verantwortlich hier in Berlin. Mir braucht keiner zu sagen, was die weiße Brut veranlaßt. Ich bin als Jungkommunist nach Spanien und habe gegen die Halunken, dieses faschistische Kropfzeug, gekämpft. [...] Mir braucht keiner zu sagen, wie man mit dem Klassenfeind umgeht. Ich hoffe bloß, daß Ihr das genau wißt.“⁷⁰

Die Demonstrationen haben den Handlungsspielraum von Partei und Staat für den Machterhalt dramatisch eingeschränkt, wie das Tonbandprotokoll der Beratung bei Dickel beweist, während die Staatsgewalt ihre Handlungsfähigkeit verlor. Am 4. Dezember 1989 begann die Besetzung der Bezirks- und Kreisbehörden des MfS durch Bürgerkomitees, zuerst in Erfurt.⁷¹ Am Tag zuvor hatte sich nach Aufrufen der Aktion Sühnezeichen

68 Tonbandprotokoll. Zit. nach Hollitzer, Heute entscheidet es sich, S. 32.

69 Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 715–732: „Der Zusammenbruch der DDR“, S. 733–767: „Der Weg zur Einheit“.

70 Tonbandprotokoll, Zit. nach Hollitzer, Heute entscheidet es sich, S. 32.

71 Vgl. Andreas Dornheim, Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90, Weimar 1995, S. 71–74, 146–155; zur Besetzung in Leipzig am Abend des 4. Dezember siehe Zwahr, Ende einer Selbstzerstörung, S. 117–128; zur Zerschlagung des MfS Neubert, Geschichte der Opposition, S. 895–898.

und des Neuen Forum eine Menschen- und auch Lichterkette, als Ausdruck des Willens zur demokratischen Erneuerung, quer durch die DDR formiert: in den sächsischen Bezirken in großer Dichte an der F 94 und 95, der F 169 und 173.

Das Ende der geschlossenen Gesellschaft DDR wie der Selbsterstörung ihrer Lebensgrundlagen nahm in den sächsischen Bezirken seinen Anfang, als die Demonstranten, zuerst in Leipzig am 23. Oktober, die *Beseitigung* – und nicht nur die Öffnung – der Mauer forderten.

Als am Abend des 9. November von der Pressekonferenz mit Günter Schabowski⁷² die Botschaft ausging – das Fernsehen der DDR übertrug live aus dem Internationalen Pressezentrum in der Mohrenstraße –, die Ausreise in die Bundesrepublik und nach Berlin-West sei, ab *heute*, „über alle Grenzübergangsstellen“, möglich (Auf die Frage: „ab sofort?“ hatte Schabowski in das „Stimmengewirr“ hinein zweimal geantwortet, er habe „nichts Gegenteiliges“ gehört.⁷³), da setzte die ostdeutsche Bürgerbewegung zur Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit ein, und zwar zeitgleich in Berlin-Ost und im Lande draußen – zeitgleich geschaltet durch das Medium Fernsehen –, wie der Mauerdurchbruch an der Bornholmer Straße, an der Sonnenallee, am „Checkpoint Charlie“, der Invalidenstraße und am Brandenburger Tor zeigt,⁷⁴ aber eben auch das *Beispiel* der Kreisstadt Auerbach im sächsischen Vogtland, wo die Sprecher der Bürgerinitiative das zweite Rathausgespräch um die Macht in der Stadt unterbrachen, um in die Nacht hinaus in Richtung Grenze zu fahren,⁷⁵ oder das *Beispiel* von Schlettau, wo Bürger vom Fernsehern aufsprangen und ihren Nachbarn zuriefen „Wir sind frei!“⁷⁶ während in Ost-Berlin der Stabschef der Grenzgruppen meldete, er sei nicht mehr Herr der Lage, weil „ein Ansturm auf die Grenze eingesetzt habe“,⁷⁷ den der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Krenz gegenüber dem Zentralkomitee am nächsten Morgen folgendermaßen kommentierte: „Der Druck, der bis gestern auf die tschechoslowakische Grenze gerichtet war, ist seit heute Nacht auf unsere Grenze gerichtet. [...] Der Druck war nicht zu halten, es hätte nur eine militärische Lösung gegeben, Genossen. [...] Aber der Druck nimmt weiter zu.“⁷⁸

Das Verlangen nach der deutschen Einheit brach in Sachsen schon im Oktober punktuell durch. Jugendliche waren die ersten, die den Tabubruch

72 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 169–176. Zu Hertles Buch siehe Hartmut Zwahr, Der Fall der Mauer – der Fall der DDR. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9 (1997), S. 311–314.

73 Zit. ebd., S. 172.

74 Vgl. ebd., S. 176–202.

75 Vgl., Die Wende im Kreis Auerbach, S. 81; Fiedler/Tiesler (Bearb.), 1989, S. 81.

76 Ebd. S. 78. Einige hingen die schwarz-rot-goldene Fahne ohne das DDR-Emblem aus dem Fenster.

77 Zit. nach Hertle, Der Fall der Mauer, S. 236.

78 Zit. ebd., S. 244.

wagten, Fahnsymbole der DDR zerstörten oder durch bundesdeutsche ersetzten: in Plauen am 7. Oktober während der großen ersten Demonstration im Vogtland⁷⁹, am gleichen Tage in Großolbersdorf bei Zschopau in einer Disko,⁸⁰ im vogtländischen Treuen auf dem Platz der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft am 8. Oktober,⁸¹ im erzgebirgischen Bärenstein Mitte Oktober⁸² und Ende Oktober in Leipzig, als Jens Broda aus Merseburg eines der frühesten, vielleicht sogar das erste Vereinigungstransparent zur Montagsdemonstration mitbrachte, das er mit seinem Vater, trotz des Widerspruchs, den sie anfangs damit erregten, vor sich her trug, und auf dem in schwarzer Schrift auf gelbem Grund geschrieben stand: *Für ein vereintes Deutschland!*⁸³

Der Ruf *Deutschland einig Vaterland!*, zuerst als Leipziger Sprechchor am 13. November nachgewiesen, Zitat aus der von Johannes R. Becher 1949 gedichteten und von Hanns Eisler vertonten Hymne der DDR,⁸⁴ deren Text seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr gesungen worden war,⁸⁵ wurde zur populärsten ostdeutschen Vereinigungsforderung; er ist in den Phasen der Auseinandersetzung der Bürgerbewegung mit der Regierung Modrow um den Machtwechsel vor allem in Sachsen von Warnstreiks für einen Volksentscheid über die Wiedervereinigung begleitet worden.⁸⁶ Wer, der dabei war, könnte vergessen, mit welcher ruhigen Entschlossenheit die Wiederherstellung des Landes Sachsen und Sachsens als Freistaat gefordert worden ist, für mich am eindrucksvollsten in Leipzig am 13. November, als Demonstranten ein großes Transparent mit dem Rautenwappen an drei Tragestöcken aufnahmen, auf dem zu lesen war: *Schwarz-rot-gold. Sachsen Freistaat. Freies Europa.*⁸⁷

Das Wiedervereinigungsgeschehen in seinen elementaren föderalen Verknüpfungen war radikaldemokratisch; es hatte unverwechselbare ostdeutsche lebensgeschichtliche Grundlagen. Es stellte den Status quo in Deutschland und in Europa infrage; denn eine Mehrheit von Demonstranten forderte die Wiedervereinigung, noch bevor Europa geeint war. Dies schien

79 Vgl. Küttler/Röder (Hg.), *Es war das Volk*, S. 118f. Ein Demonstrant, ein junger Mann, holte die Flagge vom Mast, schnitt das DDR-Emblem heraus und hißte die Fahne „mit Loch“. MfS-Leute, die ihn ergreifen wollten, wurden von den Demonstranten abgewehrt.

80 Vgl. Fiedler/Tiesler (Bearb.), 1989, S. 35. Großolbersdorf, Ortsteil Hohendorf.

81 Vgl. ebd., S. 36. Eine Arbeiterfahne wurde verbrannt, die Deutschlandfahne geißt.

82 Vgl. ebd., S. 43. Es kursierte eine Unterschriftenliste für Wiedervereinigung.

83 Vgl. Bernd Lindner/Ralph Grüneberg (Hg.), *Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst*, Bielefeld 1992, S. 170f.

84 Vgl. Heike Amos, *Auferstanden aus Ruinen. [...] Die Nationalhymne der DDR 1949–1990*, Berlin 1997.

85 Dazu ebd., S. 135–159. Der „Textentzug“ begann Anfang der siebziger Jahre mit der internationalen Anerkennung der DDR.

86 Vgl. Röder (Hg.), *Zivilcourage*, S. 362: Zweistündiger Warnstreik einiger Plauener Großbetriebe am 6. Dezember 1989. Foto: Transparente: „Warnstreik des MLK für Volksentscheid“; „Einigkeit macht stark, doch Einheit stärker“.

87 Vgl. Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung*, S. 162.

ungeheuerlich, doch sie ließen sich darin nicht beirren, weder durch das Vertragsgemeinschaftsangebot der Regierung Modrow vom 17. November⁸⁸ noch durch das „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, mit dem Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 auf die Straßendemonstrationen mit ihrem nun nationalstaatlichen Ziel reagierte, als er vorschlug, „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln.“⁸⁹ Gemessen an den Straßendemonstrationen waren Vertragsgemeinschaft wie Konföderation als Ziele deutscher Regierungspolitik bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe in der DDR-Volkskammer bzw. im Deutschen Bundestag historisch überholt.⁹⁰ Die Demonstranten antworteten der Regierung Modrow, zuerst in Auerbach im Vogtland schon am 17. November mit dem Sprechchor *Volkskammer weg!*⁹¹ In Leipzig forderten sie den sofortigen Rücktritt von Ministerpräsident Modrow. Der Bundesregierung wiederum antworteten sie mit der noch entschiedeneren Forderung nach der raschen Herstellung der deutschen Einheit durch Wiedervereinigung. Das war ein Auftrag! Das war das Gebot der Straße, wenn auch nicht aller, so doch einer übergroßen Mehrheit, abgeleitet aus der volkssouveränen Überzeugung des *Wir sind das Volk!*

Das Wiedervereinigungsgeschehen ist aus der friedlichen Revolution hervorgegangen; es ist Teil dieses Geschehens und selbst ein revolutionärer, nationaldemokratischer Vorgang. Nicht ein dritter Weg war für die Träger der Vereinigungsdemonstrationen die Alternative, sondern die Wiedervereinigung. So kann es nicht überraschen, weshalb gerade dieses Massenvotum umstritten bleibt und von Befürwortern des Dritten Weges bis heute in Frage gestellt wird.⁹²

Blicken wir aus dem Spätherbst 1989 am Ende des Vortrags noch einen Augenblick ostwärts. Für die Sowjetunion bedeutete der Verlust der DDR, wie Staatspräsident Mitterrand früh erkannte, den Tod des Warschauer Paktes.⁹³ Für unser Nachbarland Polen, dessen Solidarnosc-Bewegung unvergessen ist, aber leitete das ostdeutsche Demokratiegeschehen eine Entwicklung zum nachhaltig Besseren ein, wie die polnische Außenpolitik sie erhoffte und, folge ich den Aufzeichnungen des damaligen Kanzleramtsberaters Teltschik über Gespräche des Bundeskanzlers mit Lech Walesa und

88 Dazu Wolfgang Jäger (Hg.), *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998, S. 51f.

89 Zit. ebd., S. 66. Den Entwurf der Zehn Punkte im Faksimile siehe S. 64, 26–46.

90 Dazu Hartmut Zwahr, *Vertragsgemeinschaft, Konföderation oder Vereinigung? Die Übergänge zur nationaldemokratischen Revolution in der DDR im Herbst 1989*. In: Uwe John/Josef Matzerath (Hg.), *Landesgeschichte als Herausforderung und Programm*. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag, Stuttgart 1997, S. 724–729.

91 Weitere Sprechchöre waren: SED – Eure Zeit ist abgelaufen! – Nieder mit der SED! Vgl. *Die Wende im Kreis Auerbach*, S. 44.

92 Zu den Anfängen Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 889f.; vgl. auch Stefan Bollinger, 1989. *Eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR?*, Berlin 1999.

93 Vgl. Zwahr, *Vertragsgemeinschaft*, S. 710 (zit. nach Leo Haupts).

Bronislaw Geremek in Warschau am 9. November nachmittags, gegenüber dem Besuch aus Bonn zum Ausdruck gebracht hat. Stunden später schon ging die Berliner Mauer auf.⁹⁴

Die Verschriftlichungsspur, die vom Ereignis der friedlichen Revolution ausgeht,⁹⁵ ist breiter geworden, und sie wird von Jahr zu Jahr tiefer ausgetreten. Auch werden Fragen bleiben. Eine, die ich zu beantworten versucht habe, lautet: Wende oder Revolution? Eine andere: Was haben Revolutionen den Menschen gebracht? Was hat die friedliche Revolution uns *wirklich* gebracht? Es wird darauf sehr verschiedene Antworten geben; denn es gibt Gewinner und Verlierer und Zeitgenossen dazwischen.

94 Dazu ebd., S. 718; vgl. die Gesprächswiedergabe bei Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 11f., zum Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 8. November 1989 siehe Jäger, Überwindung, S. 35f.

95 Dazu Zwahr, Die Revolution in der DDR 1989/90 – eine Zwischenbilanz, S. 243–249.

Von der friedlichen Revolution zum Freistaat Sachsen

Der Freistaat Sachsen hat seine Wurzeln in der friedlichen Revolution. Mit seiner Bildung wurde eine der zentralen Forderungen der Demonstranten in Sachsen Wirklichkeit. Bereits im Herbst 1989 waren hier Forderungen nach der Wiedereinführung der Länderstruktur in der DDR laut geworden. Am 13. November hatten Leipziger Bürger erstmals auf einer Montagsdemonstration ein Spruchband mit dem sächsischen Wappen und der Aufschrift „Schwarz-rot-gold, Sachsen Freistaat, Freies Europa!“ getragen. Seitdem wurden Sachsen-Transparente auf allen wichtigen Demonstrationen mitgeführt, und die Forderung nach der Bildung von Ländern wurde eine wichtige Triebkraft der revolutionären Entwicklung. In Dresden setzten sich Mitglieder der Gruppe der 20 in der Zeitweiligen Arbeitsgruppe „Recht in der DDR“ der Stadtverordnetenversammlung bereits am 23. November für die Wiedererrichtung der Länder ein, und die Mitglieder der Untergruppe „Verfassungsrecht“ begannen bereits wenige Wochen später mit der Ausarbeitung erster Entwürfe einer sächsischen Verfassung. Im Dezember bestimmten Forderungen nach deutscher Einheit und Föderalisierung immer stärker die Montagsdemonstrationen in allen sächsischen Bezirksstädten, und spätestens seit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Dresden am 19. Dezember dominierten weiß-grüne Sachsen- und Deutschland-Fahnen überall das Bild der Demonstrationen. Die Forderung nach Bildung des Landes Sachsen wurde von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen. Die Landesfarben an Wohnhäusern und Straßenrändern sowie Sachsen-Aufkleber auf Autos prägten das Straßenbild. Auf den unterschiedlichsten Ebenen, in zahlreichen örtlichen wie überregionalen Arbeitsgruppen und „Runden Tischen“ wurden Überlegungen zur Neugründung Sachsens angestellt. Deswegen kann die Herausbildung des Freistaates auch nur im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den sächsischen Regionen betrachtet werden. Die Landesbildung war das direkte Ergebnis dieser Entwicklungen und ohne sie nicht denkbar.

Initiativen der neuen und alten politischen Kräfte zur Länderbildung

Auch die etablierten politischen Kräfte der DDR, die bislang das zentralistische System repräsentiert hatten, konnten das neuerwachte sächsische Identitätsgefühl nicht ignorieren und versuchten, die Bewegung für ihre Zwecke

zu nutzen. Damit entstanden zwischen alten und neuen politischen Kräften zusätzliche Reibungsflächen. Unter den alten Kräften sind hier die Vertreter des damals auf dem Rückzug befindlichen Staatsapparates zu verstehen, mit „neuen Kräften“ hingegen die im Prozeß der friedlichen Revolution direkt-demokratisch legitimierte Vertreter der protestierenden Bevölkerungsteile.

Die neuen politischen Kräfte wehrten sich gegen die Versuche der etablierten Parteien und Machtorgane, die Landesbildung an sich zu ziehen.

Auch die Regierung Modrow schrieb die Föderalisierung der DDR auf ihre Fahnen. Bereits Ende Januar 1990 wurde die Länderbildung durch den Ministerrat politisch grundsätzlich entschieden.¹ Die Regierung informierte die Vorsitzenden der Räte der Bezirke am 23. Februar 1990 über ihre Entscheidung, bis zur Länderbildung keine Wahlen zu den Bezirkstagen stattfinden zu lassen. Stattdessen sollten die Bezirkstage sich nach dem 6. Mai auflösen und die Räte zu Regierungsorganen der neuzuschaffenden Länder umgestaltet werden.²

Nach dieser Entscheidung begannen Arbeitsgruppen des Rates des Bezirkes Dresden, des Bezirkstages und der am Runden Tisch vertretenen neuen politischen Kräfte mehrgleisig mit der Erarbeitung von Konzepten zur Bildung des Landes Sachsen. Am 1. Februar stellte der Rat des Bezirkes Dresden erste Gedanken über die Wiedergeburt Sachsens und Grundzüge einer Landesverfassung vor. Das Ziel des alten Apparates war es, so der Ende 1989 zum Koordinator des Runden Tisches des Bezirkes Dresden ernannte Bauamtsleiter des Bistums Dresden-Meißen, Erich Iltgen, „selbst das Land zu bilden und damit die personellen Strukturen der DDR-Zeit zu konservieren“.³ Es ist übrigens eine sächsische Besonderheit, daß einige wichtige Akteure aus den Reihen der neuen politischen Kräfte heute wichtige politische Funktionen im Freistaat einnehmen.

Der Bezirkstag beschloß die Bildung einer Arbeitsgruppe „Bildung des Landes Sachsen“. Die neuen Kräfte setzten diesen Vorstößen ihrerseits Verfassungsentwürfe entgegen und machten damit unmißverständlich ihren An-

1 Vgl. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden und Vorsitzender der Bezirksplankommission: Niederschrift zur Dienstberatung beim Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für örtliche Staatsorgane, Koll. Dr. Moreth, am 31. Januar 1990. Leipzig, 1.2.1990 (Sächsisches Staatsarchiv [SStA] Leipzig 38212).

2 Rat des Bezirkes Leipzig: Festlegungsprotokoll über die Dienstberatung mit den Mitgliedern des Rates des Bezirkes, dem amt. Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und den Vorsitzenden der Räte der Kreise am Mittwoch, dem 28.2.1990 beim Rat des Bezirkes. TOP 1 Auswertung der Dienstberatung in Berlin am 23.2.1990 sowie der Beratung mit den Ersten Sekretären der Vorsitzenden der Räte der Bezirke am 27.2.1990 zur aktuellen politischen und ökonomischen Lage sowie zu Inhalten der Verwaltungsreform. Leipzig, 5.3.1990 (SStA Leipzig 21312). Rat des Bezirkes Schwerin: Protokoll der 5. Sitzung des Rates am Mittwoch, dem 28.2.1990, im Rat des Bezirkes Schwerin (Mecklenburgisches Landeshauptarchiv [MLHA] Schwerin, BT/RdB Schwerin Z 26/91 36659).

3 Vgl. Erich Iltgen. Zit. in: Markus Lesch, Die CDU-Reformer in Sachsen. In: Die Politische Meinung, H. 297/1994, S. 38.

spruch auf eine maßgebliche Mitwirkung bei der Bildung des Landes deutlich.

Aus diesem Grund stand die Bildung des Landes Sachsen im Januar 1990 auch auf der Tagesordnung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, der gegenüber den Runden Tischen der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt bei der Länderbildung eine von der anderen Bezirken akzeptierte und unterstützte Vorreiterrolle einnahm.⁴ Die Runden Tische waren im übrigen nicht etwa eine DDR-Erfindung, sondern lehnten sich direkt an das Beispiel des polnischen Runden Tisches an.

Nicht nur am Runden Tisch forderten die neuen Kräfte mit Nachdruck, am Länderbildungsprozeß aktiv beteiligt zu werden und drohten, Benachteiligungen nicht hinzunehmen.⁵ Da die meisten Parteien inzwischen im Bezirkstag und am Runden Tisch mitarbeiteten und beide Gremien – nicht zuletzt im Bestreben, ihre eigene Zuständigkeit zu unterstreichen – Aktivitäten zur Länderbildung entwickelten, kam es zu einem Kompetenzwirrwarr auf Bezirksebene. Am 15. Februar 1990 beschloß der Runde Tisch des Bezirkes ein koordiniertes Vorgehen aller drei sächsischen Bezirke für einen gemeinsamen Ausschuß des Landes Sachsen. Der Rat des Bezirkes seinerseits beschloß am 28. Februar die ständige Abstimmung und Koordinierung mit den Räten der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt. Am 1. März stimmte der Runde Tisch Dresden der Bildung einer Initiativgruppe zu, die die Aktivitäten aller Runden Tische und Räte der Bezirke zur Bildung des Landes koordinieren sollte.⁶ Trotzdem blieb die Mehrgleisigkeit auch nach der Märzwahl erhalten und bestimmte weiterhin die erste Phase der Landesbildung.

Bei den neuen politischen Kräften wuchs die Einsicht, daß sie die Länderneubildung und die Verfassungsgebung stärker zu ihrer eigenen Angelegenheit machen mußten. Angesichts der Aktivitäten des Rates des Bezirkes Dresden präsentierte der Mitbegründer und Pressesprecher des Dresdner Neuen Forums, der Mathematiker und Theologe, Arnold Vaatz, im Namen der Gruppe der 20 daher Ende März einen Entwurf. Dieser basierte vor allem auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den Verfassungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.⁷ Mit der Vorlage wurde der Versuch des Bezirkstages gekontert, die Wiedergründung des

4 Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Runden Tisches, Dresden, 18.1.1990 (Privatbestand Matthias Rößler).

5 Vgl. Hoffnungsträger des Neubeginns. Interview mit Landtagspräsident Erich Iltgen zur Bedeutung der Runden Tische auf dem Wege zur Demokratie. In: Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Hg. v. Sächsischen Landtag, Dresden 1991, S. 32. Bericht des Rates des Bezirkes zur 19. Tagung des Bezirkstages am 26. April 1990 (Sächsisches Hauptstaatsarchiv [SächsHStA] Dresden, BT/RdB 47121/1, Bl. 239).

6 Vgl. Protokoll der 11. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 1.3.1990 (Privatbestand Matthias Rößler).

7 Vgl. den Verfassungskommentar von Arnold Vaatz. In: Die Union vom 29. März 1990.

Landes Sachsen materiell und personell als erster in Angriff zu nehmen.⁸ Vaatz gehörte seit Anfang Dezember 1989 der Gruppe der 20 an und hatte mit Herbert Wagner am 5. Dezember 1989 über das Radio zur Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Dresden aufgerufen.

Der Entwurf der Gruppe der 20 erschien bereits am 29. und 30. März 1990 in der Tageszeitung „Die Union“. Von nun an verlagerte sich die Verfassungsdiskussion deutlich in Richtung der neuen politischen Kräfte.⁹ Freilich war allen Beteiligten klar, daß das von Vaatz in Nacharbeit erstellte Papier nur ein, wenn auch zentraler, Impuls sein konnte. Für die künftige Arbeit galt es, einen von der breiten Bevölkerung getragenen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Um dies zu erreichen, wirkten Mitglieder der Zeitweiligen Arbeitsgruppe Recht der Dresdner Stadtverordnetenversammlung später in einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe Sachsen/Baden-Württemberg mit, die sich unter dem Vorsitz von Steffen Heitmann in drei Sessionen im Kurort Gohrisch in der Sächsischen Schweiz mit der Formulierung einer Verfassung beschäftigte. Heitmann, Kirchenjurist der sächsischen Landeskirche, fungierte seit Oktober 1989 als juristischer Berater der Gruppe der 20. Die nun von ihm geleitete Arbeitsgruppe war eine unter mehreren Fachgruppen der „Gemischten Kommission Baden-Württemberg/Sachsen“, die aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der drei sächsischen Bezirke gebildet worden war. Ihr gehörten aber auch Mitglieder der Bürgerbewegungen, neuen Parteien und der Gruppe der 20 an. Hier entstand der am 5. August 1990 vorgestellte „Gohrischer Entwurf“, mit dem der Grundstein für die heutige Verfassung Sachsens gelegt wurde.¹⁰ Noch ist die Entstehungsgeschichte dieses Entwurfs nicht in allen Einzelheiten untersucht, es ist aber bereits deutlich, daß die Wurzeln der sächsischen Verfassung vor allem bei der Gruppe der 20 liegen.¹¹

8 Vgl. Suzanne Drehwald/Christoph Jestaedt, Sachsen als Verfassungsstaat. Hg. v. Thomas Pfeiffer, Leipzig 1998, S. 73.

9 Vgl. Interviews mit Walter Siegemund und Steffen Heitmann (HAIT, DS, Gruppe der 20).

10 Vgl. Interview mit Steffen Heitmann (HAIT, DS, Gruppe der 20); Hans von Mangoldt, Die Verfassung des Freistaates Sachsen, Entstehung und Gestalt. In: Sächsische Verwaltungsblätter 1 (1993), S. 28; Verfassung des Freistaates Sachsen, Baden-Baden 1993, S. 6f.; Drehwald/Jestaedt, Sachsen, S. 74.

11 Vgl. Steffen Heitmann, Geschichtliche Entwicklung. In: Christoph Degenhart/Claus Meissner (Hg.), Handbuch der Verfassung des Freistaates Sachsen, Stuttgart 1997, S. 43f.; Ders., Der Herbst 1989 in Dresden und die „Gruppe der 20“. Vortrag auf dem Seminar „Von der Diktatur zur Demokratie – Chancen und Schwierigkeiten des Wechsels in Sachsen“ am 25. 6. 1998. Mitschrift von Erich Sobeslavsky (HAIT, DS, Gruppe der 20). Verfassung des Landes Sachsen. Textentwurf der Gruppe der 20 vom 13. 3. 1990 (Privatbestand Klaus-Dieter Scholz, unpag.).

Eskalation des Konfliktes um die Länderbildung

Zu einem Konflikt kam es, als die Räte der Bezirke Ende April 1990 versuchten, durch einen Festakt auf der Albrechtsburg in Meißen und die Bildung eines „Kuratoriums Land Sachsen“ das Land zu installieren. Am 18. April sollte Sachsen unter Proklamation eines vom Dresdner Bezirkstag erstellten Verfassungsentwurfs ausgerufen werden, der von Arbeitsstäben der Räte der Bezirke unter weitestgehendem Ausschluß der neuen Kräfte ausgearbeitet worden war.¹² Dagegen protestierten die Vertreter der neuen Parteien, Gruppen und Bürgerbewegungen am Runden Tisch des Bezirkes Dresden erfolgreich. Die Veranstaltung wurde abgesagt. Stattdessen ergriff Iltgen als Moderator des Runden Tisches Ende April die Initiative zur Gründung eines Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen.¹³ Dieser neue Ausschuß sollte nun die rechtsstaatlichen Grundlagen für die Landesbildung schaffen.¹⁴ Iltgen forderte die Vertreter aller sächsischen Bezirke auf, die Drei-Gleisigkeit – Rat des Bezirkes, Runder Tisch und Bezirkstag – endlich zu überwinden. Auf Beschluß der Arbeitsgruppe „Land Sachsen“ des Runden Tisches des Bezirkes Dresden vom 26. April¹⁵ schlug er die Bildung eines gemeinsamen Plenums der drei sächsischen Bezirke vor. Der Ausschuß sollte als beschlußfähiges Gremium der öffentlichen Diskussion dienen und die Herausbildung einheitlicher Strukturen des Landes in den Grenzen der bisherigen Bezirke sichern.¹⁶ Der für die Landesentwicklung wichtige Dresdner Bezirkstag bestätigte diesen Plan und verpflichtete sich zur Abstimmung aller notwendigen Schritte mit dem Runden Tisch.¹⁷ Allerdings versuchte er, die Arbeit des Gremiums zu kontrollieren und über die Weiterarbeit der am 1. Februar vom Bezirkstag geschaffenen Arbeitsgruppe „Bildung des Landes Sachsen“ zu entscheiden. Damit blieb der eigentliche Streitpunkt erhalten, welches Gremium bei der Vorbereitung der Landesgründung, das heißt konkret bei der Einberufung des bezirksüber-

- 12 Von der Länderbildung zur Regierungsarbeit. Interview mit Staatsminister Arnold Vaatz. In: Der Sächsische Landtag, S. 47.
- 13 Entwurf der Verfassung des Landes Sachsen. Der Öffentlichkeit übergeben anläßlich der Konstituierung des Kuratoriums Land Sachsen am 18. April 1990 auf der Albrechtsburg zu Meißen. Hg.: Rat des Bezirkes Dresden, Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Rat des Bezirkes Leipzig. Dresden 1990. Vgl. Hoffnungsträger des Neubeginns. Interview mit Landtagspräsident Erich Iltgen zur Bedeutung der Runden Tische auf dem Wege zur Demokratie. In: Der Sächsische Landtag, S. 32.
- 14 Vgl. Von der Länderbildung zur Regierungsarbeit. Interview mit Staatsminister Arnold Vaatz. In: Der Sächsische Landtag, S. 47.
- 15 Vgl. Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Land Sachsen“ des Runden Tisches, Dresden, 26. 4. 1990 (Privatbestand Matthias Rößler).
- 16 Vgl. Rat des Bezirkes Dresden, Beschluß-Nr.: 105/90 vom 9. 5. 90: Maßnahmen zur Auswertung der 19. Tagung des Bezirkstages vom 26. 4. 1990 (Sächs HStA BT/RdB Dresden 46074, Bl. 004f.).
- 17 Vgl. Machtprobe zwischen alten und neuen Kräften, Der Koordinierungsausschuß entsteht. In: Der Sächsische Landtag, S. 46.

greifenden Plenums und des Koordinierungsausschusses, die wesentliche Gestaltungskompetenz besaß.

Hintergrund der Auseinandersetzungen war die Frage, ob die durch die Volkskammerwahl gestärkten Vertreter der ehemaligen Block-CDU mit ihrem nun bestimmenden Einfluß auf die Politik der Räte oder die neuen politischen Kräfte, die in Dresden zum Teil in der CDU eine neue Heimat gefunden hatten, stärker demokratisch legitimiert waren. Indirekt von der Volkskammerwahl abgeleitete parlamentarisch-demokratische Legitimierung auf Bezirksebene kollidierte mit dem direktdemokratischen Mandat der neuen politischen Kräfte am Runden Tisch.

Matthias Röbler, damals Entwicklungsingenieur an der Technischen Universität Dresden und Mitglied des Landesvorstandes des Demokratischen Aufbruchs, wies im Dresdner Bezirkstag für die basisdemokratische Fraktion ausdrücklich darauf hin, daß das Plenum kein Gremium des Rates des Bezirkes darstelle. Die Initiative des Runden Tisches dürfe von diesem nicht zur Legitimierung mißbraucht werden.¹⁸

Angesichts des Beharrungsvermögens der seit dem 18. März mit einem indirekten politischen Mandat ausgestatteten Vertretern der Räte forcierten die neuen politischen Kräfte die Länderbildung. Bis Anfang Mai trug eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches alle Vorschläge der beteiligten Parteien zur Länderbildung zusammen und legte einen Rahmenvorschlag für die Zusammenarbeit mit den Bezirken Leipzig und Chemnitz vor. Darin wurde an die Vorschläge Iltgens angeknüpft und die Bildung eines Vorparlamentarischen Ausschusses und des von den drei Bezirken paritätisch zu bildenden Koordinierungsausschusses geplant, zu dessen Vorsitzendem der Runde Tisch des Bezirkes Dresden am 3. Mai einstimmig Arnold Vaatz wählte.¹⁹ Als der für die Bildung der Landesstrukturen zuständige Stellvertreter des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Dresden hatte Vaatz die auch von den Bezirken Chemnitz und Leipzig in die Dresdner Kompetenz übertragenen Aktivitäten zu leiten. Der Koordinierungsausschuß, der am 25. Mai erstmals tagte, prägte in der Folge die Geschicke des Landes bis zu den ersten Landtagswahlen wie kaum eine zweite Institution und übernahm in der Folgezeit die Leitfunktion bei der Landesbildung. Dabei verstand er sich als ein durch Akklamation eingesetztes Gremium, dessen Ziel es war, sich möglichst bald selbst überflüssig zu machen.²⁰

18 Stellungnahme des Abg. Dr. Röbler – basisdemokratische Fraktion, auf der 19. Tagung des BT Dresden am 26. April 1990 (SächsHStA BT/RdB Dresden 46074, Bl. 107).

19 Vgl. Rat des Bezirkes Dresden. Protokoll der 18. Tagung des Runden Tisches am 3. Mai 1990, Dresden, 3. 5. 1990 (HAIT, DS, Iltgen 5).

20 Vgl. Arnold Vaatz, „Die friedliche Revolution war ein guter Anfang“. In: FAZ vom 19. Mai 1994.

Die Haltung der DDR-Regierung zur Länderbildung

Die sächsische Entwicklung wurde natürlich auch maßgeblich von Entscheidungen der DDR-Regierung beeinflusst. Rat des Bezirkes, Bezirkstag und Runde Tische waren davon gleichermaßen betroffen. Die Regierung de Maizière sah sich angesichts des fortgeschrittenen Zerfalls staatlicher Autorität und der sich abzeichnenden Länderbildung nach der Regierungsübernahme veranlaßt, schnell über die Zukunft der bezirklichen Gremien zu entscheiden. Gegenüber den Vorsitzenden der Räte der Bezirke betonte de Maizière am 23. April die Bedeutung der Aufrechterhaltung der staatlichen Strukturen, die nun allerdings die am 18. März geschaffenen Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln müßten. Er informierte darüber, daß zahlreiche Bezirke nicht mehr handlungsfähig seien und die Regierung eine Beendigung der Arbeit der Bezirkstage für Ende Mai 1990 vorsehe. Die Räte würden von diesem Zeitpunkt an nur noch als Auftragsverwaltungen der Regierung tätig werden.²¹ Der Ministerrat bevorzugte eine Anbindung an die Regierung, weil diese, auch im Gegensatz zu den Runden Tischen der Bezirke, als einzige durch freie Wahlen legitimiert war und folgte daher zugleich der Auffassung, daß das Wirken der Runden Tische durch die Wahlen überflüssig geworden sei.

Angesichts der Dringlichkeit der Länderneubildung favorisierte die Regierung de Maizière ein Gesetzesvorhaben, das sich an den alten Ländern der DDR orientierte.²² Am 2. Mai bestätigte der Ministerrat seine Entscheidung, die Verwaltungsorgane der Bezirke bis zur Länderbildung als Auftragsverwaltungen zu erhalten, und beschloß, bis zum 10. Juni Regierungsbevollmächtigte in den Bezirken einzusetzen. Diese sollten von den Parteien nominiert werden, die dort am 18. März die meisten Stimmen erhalten hatten. In Sachsen war dies in allen Bezirken die CDU. Am 17. Mai beschloß die Volkskammer offiziell, die Legislaturperiode der Bezirkstage mit Wirkung vom 31. Mai zu beenden und beauftragte den Ministerpräsidenten mit der Einsetzung der Regierungsbevollmächtigten. Ihnen wurden beratende Gremien an die Seite gestellt, die sich aus den am 18. März gewählten Volkskammerabgeordneten des jeweiligen Bezirkes zusammensetzten. Die Räte der Bezirke wurden in Bezirksverwaltungen unter Leitung der Regierungsbevollmächtigten umgewandelt.²³ Beschlüsse noch bestehender Runder Tische wurden

21 Vgl. Protokoll der Tagung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt (Regionalausschuß). Halle/S., 24. 4. 1990 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt [LHASA] 30015 RdB Magdeburg). Rat des Bezirkes Halle: Protokoll des Ablaufs und der Festlegungen der 9./10. Sitzung des Rates des Bezirkes am 26. 4. 1990. Dienstsache. Halle, 26. 4. 1990 (Archiv der Bezirksregierung Halle [ABR Halle] 20979/13).

22 Vgl. Heinz Laufer/Ursula Münch, Die Neugestaltung der bundesstaatlichen Ordnung. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte - Politik - Gesellschaft, Bonn 1992, S. 220.

23 Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage vom 17. Mai 1990 (Brandenburg. LHA A/4993).

für das exekutive Handeln der Bezirksverwaltungen als nicht mehr verbindlich bezeichnet.²⁴ Am 29. Mai stellte der Dresdner Bezirkstag seine Arbeit ein.²⁵

Die Entscheidung des Ministerrates stieß beim Runden Tisch des Bezirkes Dresden auf Ablehnung. Hier waren vor allem die neuen politischen Kräfte nicht ohne weiteres bereit, die soeben gewonnene Mitsprache gleich wieder aufzugeben. Vor allem die in die CDU eingetretenen Bürgerrechtler fürchteten, daß der alte Machtapparat, repräsentiert durch die jetzt „Bezirksverwaltungen“ genannten Räte, bis zu den Landtagswahlen erhalten bleiben würde,²⁶ und hielt es für notwendig, bei der Kontrolle der Bezirksverwaltungen und der Bildung des Landes Sachsen weiterhin eine wesentliche Rolle zu spielen. Die im revolutionären Prozeß von breiten Bevölkerungsteilen direktdemokratisch legitimierten politischen Neulinge trauten den nun in die erste Reihe vorgerückten früheren Vertretern der Block-CDU nicht recht. Umgekehrt zogen diese die direktdemokratische Legitimierung der politischen Seiteneinsteiger in Frage. Dieser politische Streit wurde innerhalb der sächsischen CDU zwischen den sogenannten „Reformern“ und Vertretern der früheren Block-CDU ausgetragen.²⁷ Der Konflikt war Ausdruck des diffizilen, mehrschichtigen Überganges von direkt- zu parlamentarisch-demokratisch legitimierten Vertretungskörperschaften.

Auf der 20. Sitzung des Runden Tisches am 31. Mai reagierten die Teilnehmer abermals mit Unwillen auf den Ministerratsbeschluß, den Runden Tischen der Bezirke jegliche Kompetenz gegenüber den Verwaltungsorganen abzusprechen.²⁸ Dennoch wurde beschlossen, daß der Runde Tisch des Bezirkes Dresden seine Arbeit zur Länderbildung beenden solle.

In Anlehnung an den Ministerratsbeschluß „Zur Sicherung der Regierungsfähigkeit in den Bezirken bis zur Bildung funktionsfähiger Länder“ wurde außerdem der Vorschlag erörtert, den geplanten „Vorparlamentarischen Ausschuß“ in „Regionalausschuß Land Sachsen“ umzubenennen, um deutlich zu machen, daß eine Zuständigkeitskonkurrenz mit den Regie-

24 Ministerrat der DDR. Beschluß des Ministerrates 5/2/90 vom 2. Mai 1990 (Bundesarchiv [BArch] Berlin C-20 I/3-2947, Bl. 22-24).

25 BT Dresden: Protokoll der 20. Tagung des Bezirkstages Dresden vom 29. Mai 1990 (SächsHStA BT/RdB Dresden 46075).

26 Vgl. Erich Iltgen, Neue Politik für ein altes Land: Sachsen und die Demokratisierung der ehemaligen DDR. In: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 155.

27 Vgl. Protokoll der 19. Sitzung des Runden Tisches, Dresden, 17. 5. 1990 (Privatbestand Matthias Rößler); Ute Schmidt, Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 81), Opladen 1997, S. 159-177.

28 Vgl. auch Der Sächsische Landtag, S. 43.

rungsbeauftragten bzw. den diesem zugeordneten sächsischen Volkskammerabgeordneten nicht gegeben sei.²⁹

Am 5. Juni erließ der Ministerrat Richtlinien über Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Regierungsbevollmächtigten³⁰ und legte am 6. Juni die personelle Besetzung dieser Funktionen fest.³¹ Mit der Einsetzung des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Dresden, des Diplom-Staatswissenschaftlers Siegfried Ballschuh, der im Rat des Bezirkes Dresden für Wohnungspolitik und -wirtschaft zuständig gewesen war, stellte sich die Frage, ob dieser den direktdemokratisch legitimierten Koordinierungsausschuß akzeptieren oder auflösen würde. Die Entscheidung der Regierung de Maizière richtete sich zunächst gegen den Koordinierungsausschuß.³² Eine Auflösung konnte jedoch verhindert werden, da es gelang, die hohe politische Akzeptanz des Ausschusses zu verdeutlichen. Hinzu kam die starke Stellung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, der sich für den Erhalt des Ausschusses einsetzte. Angesichts der konkreten Machtverhältnisse kam Ballschuh nicht umhin, den Koordinierungsausschuß an sein Amt anzubinden. Die Entscheidung, durch die sich die Lage in Sachsen erheblich von der in anderen Teilen der DDR unterschied, bedeutete einen großen Erfolg für die neuen politischen Kräfte. Diese konnten ein Feld besetzen, das bislang eine Domäne der Verwaltungsorgane der Räte der Bezirke gewesen war.

Am 14. Juni ernannte Ballschuh Arnold Vaatz zu seinem Stellvertreter mit Zuständigkeit für die Ressorts Verwaltung, Organisation, internationale Fragen und Landesgesetzgebung. Damit erhielt der im Januar 1990 in die CDU eingetretene Bürgerrechtler umfangreiche Vollmachten und Kompetenzen.

Trotz der engen Kooperation mit dem Koordinierungsausschuß stand der Runde Tisch des Bezirkes Dresden der Machtkonzentration bei den Regierungsbevollmächtigten in den Bezirken skeptisch gegenüber. Hier dominierte weiterhin die Meinung, die Entwicklung in den Regionen müsse durch regionale Gremien direktdemokratisch legitimerter Kräfte weiter begleitet werden.³³ Ungeachtet der Entscheidung des Ministerrates über das Ende des Einflusses direktdemokratischer Gremien sprach sich der Runde Tisch des

29 Vgl. Protokoll der 20. Sitzung des Runden Tisches, Dresden, 31.5.1990 (Privatbestand Matthias Rößler).

30 Verfügung des Ministerpräsidenten Nr. 1 vom 5.6.1990: Regelungen über Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Regierungsbevollmächtigten (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt [LHASA] Magdeburg, 30015 RdB Magdeburg). Vgl. Hoffnungsträger des Neubeginns. Interview mit Landtagspräsident Erich Iltgen zur Bedeutung der Runden Tische auf dem Wege zur Demokratie. In: Der Sächsische Landtag, S. 31.

31 Ministerrat der DDR. Beschluß des Ministerrates 10/26.a/90 vom 6.6.1990 (BArch Berlin C-20 I/3-2981, Bl. 1f.).

32 Vgl. Von der Länderbildung zur Regierungsarbeit. Interview mit Staatsminister Arnold Vaatz. In: Der Sächsische Landtag, S. 48.

33 Hoffnungsträger des Neubeginns. Interview mit Landtagspräsident Erich Iltgen zur Bedeutung der Runden Tische auf dem Wege zur Demokratie. In: Der Sächsische Landtag, S. 32.

Bezirktes daher in seiner 22. Sitzung am 28. Juni gegen einen von Vaatz vorgetragenen Vorschlag der CDU-Reformer aus, seine Tätigkeit hinsichtlich der Bildung des Landes Sachsen einzustellen und sich aufzulösen.

Der Runde Tisch lehnte auch die Bildung eines Regionalausschusses ab, der als Vertretung der Öffentlichkeit die Arbeit des Regierungsbevollmächtigten begleiten sollte. Erich Iltgen begründete die Ablehnung damit, dieser sei in seiner Wirksamkeit auf den Bezirk Dresden beschränkt. Mit Blick auf das künftige Land Sachsen sei jedoch ein erweitertes, gemeinsames Forum aller drei Bezirke sinnvoll und geboten. Außerdem äußerte er die Befürchtung, die den Regierungsbevollmächtigten zugeordneten Regionalausschüsse der Bezirke könnten von den Mehrheitsparteien als rein repräsentative, quasi-demokratische Garnierung mißbraucht werden. Ein solches Gremium gewährleiste nicht das Maß an Öffentlichkeit, daß vom Runden Tisch gewünscht werde.³⁴ Der Runde Tisch des Bezirkes Dresden folgte vielmehr Iltgens Vorschlag, seine Verantwortung bis zur Bildung eines Forums für alle sächsischen Bezirke weiter wahrzunehmen. Iltgen bezeichnete zwar das Anliegen, die Arbeit der Runden Tische zu beenden, als grundsätzlich berechtigt, verwies aber darauf, daß die Bildung des Landes Sachsen aus Sicht des Runden Tisches noch keinesfalls befriedigend gelöst sei.³⁵ Erst nachdem sichergestellt war, daß die neuen politischen Kräfte entscheidende Positionen in den Landesministerien und -ämtern innehaben würden und die Arbeitsfähigkeit des Koordinierungsausschusses gesichert war, löste der Runde Tisch sich auf. Er beschloß am 12. Juli einstimmig die Bildung eines Sächsischen Forums, in dem die Runden Tische ihre Arbeit auf überbezirklicher Basis fortsetzten.

Sächsisches Forum und Koordinierungsausschuß

Das Sächsische Forum bestand aus Vertretern aller Parteien und neuen Gruppierungen sowie aus Volkskammerabgeordneten und Vertretern der Kreise, die Teil des Landes Sachsen werden wollten. Seine Hauptaufgabe lag in der öffentlichen Information über den Stand der Landesbildung. Dazu wurden interessierte Bürger in die Diskussion einbezogen, um so den direkt-demokratischen Charakter der Landesbildung zu unterstreichen. Allerdings hatten Anregungen des Sächsischen Forums an den Koordinierungsausschuß nur empfehlenden Charakter. So blieb die offizielle Legitimierung des Regierungsbevollmächtigten und seines Stellvertreters für die Landesbildung durch die Regierung der DDR formal erhalten.

Auf der ersten öffentlichen Beratung des Sächsischen Forums am 26. Juli wurde dem Forum die Aufgabe zugewiesen, die Öffentlichkeitsarbeit für den

34 Vgl. Interview mit Erich Iltgen (Gesprächspartnerin: Uta Dittmann). In: Die Union vom 12. Juni 1990.

35 Vgl. ebd.

Koordinierungsausschuß zur Bildung des Landes Sachsen zu übernehmen und allen Parteien und Gruppen eine Plattform zu bieten, zudem noch vorhandene Strukturschwächen der neuen parlamentarischen Demokratie auszugleichen und „Brücke von der Öffentlichkeit zum Parlament“ zu sein. Auf der 2. Beratung des Sächsischen Forums am 23. August stellte Heitmann den inzwischen fertiggestellten „Gohrischer Entwurf“ der sächsischen Verfassung vor.³⁶ Damit hatten sich die neuen politischen Kräfte auch bei der Gestaltung der künftigen Verfassung gegen die Initiativen der Räte der Bezirke behaupten können.

Nachdem die Volkskammer am 22. Juli das „Ländereinführungsgesetz“ verabschiedet hatte, das die Bildung der Länder zum 14. Oktober 1990 vorsah,³⁷ setzte der Ministerrat Anfang September Landessprecher ein, die im Ministerrat als Interessenvertreter der künftigen Länder mit beratender Stimme mitarbeiteten.³⁸ Der bisherige Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Leipzig, frühere Funktionär der Block-CDU und Vertraute de Maizières, Rudolf Krause, wurde Landessprecher von Sachsen. Die Landessprecher waren gegenüber dem Ministerrat für alle mit der Länderbildung zusammenhängenden Aufgaben verantwortlich und dienten bis dahin als Verbindungsstellen zwischen der Regierung und den Gebietskörperschaften. Sie hatten die Tätigkeit der Regierungsbevollmächtigten und der Bezirksverwaltungsbehörden zu organisieren und die Bildung funktionsfähiger Landesregierungen einschließlich der Verwaltungsorganisation der Länder, ihrer personellen Besetzung und räumlichen Ansiedlung sowie die Erarbeitung von Verfassungs- und anderen Gesetzesentwürfen zu organisieren. Dazu wurden ihnen Beauftragte für die Bildung der künftigen Ministerien auf Länderebene zugeordnet.³⁹

Die Einsetzung des Landessprechers beeinflusste auch die Arbeit des Koordinierungsausschusses. Vaatz bezeichnete den Ausschuß als ausführendes Organ der Bezirksverwaltungen und erreichte, daß der Landessprecher den Ausschuß in die Arbeit seines Amtes einband und ihn durch die Übertragung von Verwaltungs- und Weisungsbefugnis gegenüber den Bezirksverwaltungsbehörden sogar erheblich aufwertete.⁴⁰ Der Koordinierungsausschuß verfügte nun über eine wechselnde Anzahl von Stäben, die sich jeweils mit

36 Vgl. Anlage (unredigierte Bandaufzeichnung) zur Niederschrift der 2. Öffentlichen Beratung des Sächsischen Forums vom 23. 8. 1990 (HAIT, DS, Ilgen 3, Schriftwechsel Sächsisches Forum).

37 GBl. DDR 1990, Teil I, Nr. 51, S. 955.

38 Ministerrat der DDR. 27. Sitzung des Ministerrates am 29. August 1990. Sitzungsmaterial MR-Umlauf – persönlich – (BArch Berlin C-20 I/3-3054, Bl. 131).

39 Vgl. Ministerrat der DDR. Protokoll der 29. Sitzung am 5. September 1990 (BArch Berlin C-20 I/3-3058, Bl. 34–41). Ministerrat der DDR. Der Ministerpräsident: Regelungen zu Stellung, Aufgaben und Befugnissen der Landessprecher als Landesbevollmächtigte. Gez. L. de Maizières. Berlin, den 17. 9. 90 (MLHA Schwerin, RdB Schwerin Z 123/91 37922).

40 Von der Länderbildung zur Regierungsarbeit. Interview mit Staatsminister Arnold Vaatz. In: Der Sächsische Landtag, S. 49.

einzelnen Problemen wie der Vorgestaltung von Ministerien, der Sichtung des Landesvermögens oder der Lösung von Raumfragen beschäftigten. Die durch den Koordinierungsausschuß entworfenen Strukturen dienten als Grundlage für den vor allem mit Hilfe der Länder Baden-Württemberg und Bayern betriebenen Aufbau der Regierungsministerien,⁴¹ wobei sich die enge Kooperation zwischen Angehörigen des Koordinierungsausschusses und der im September 1990 eingerichteten „Clearingstelle“ der Bundesregierung bewährte. Es war eine Besonderheit der friedlichen Revolution, daß in ihrer letzten, strukturverändernden Phase, in der die Forderungen der Demonstranten vom Herbst 1989 und Winter 1989/90 praktisch umgesetzt wurden, bundesdeutsche Funktionseliten von der veränderungswilligen DDR-Bevölkerung in die Pflicht genommen wurden. Ihnen kam die diffizile Aufgabe der Umsetzung der revolutionären Forderungen nach einer tiefgreifenden Strukturveränderung aller Bereiche von Politik, Wirtschaft, Finanzen, Sozialem, Rechtssystem usw. im Rahmen und im Prozeß der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu.

Die Wiedergründung des Freistaates Sachsen

Der Einigungsvertrag vom 23. September 1990⁴² verlegte den im Länder-einführungsgesetz vorgesehenen Zeitpunkt der Neubildung der Länder vom 14. auf den 3. Oktober 1990, den Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Das Land Sachsen wurde daher bereits an diesem Tag mit einem Festakt auf der Meißener Albrechtsburg wiedergegründet. Territorial setzte es sich aus den Bezirken Dresden, Chemnitz und Leipzig ohne die Kreise Altenburg und Schmölln zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser zusammen. Mit dem Bezirk Leipzig gelangten auch die Kreise Delitzsch, Eilenburg und Torgau, die seit 1815 zur preußischen Provinz Sachsen gehört hatten, wieder nach Sachsen.

Am 14. Oktober folgte die Wahl des Landtages. Auf dessen konstituierenden Sitzung am 27. Oktober wurden Kurt Biedenkopf zum Ministerpräsidenten und Erich Iltgen zum Landtagspräsidenten gewählt.⁴³ In dieser Sitzung wurde die Bezeichnung „Freistaat Sachsen“ bereits im voraus festgelegt.⁴⁴ Ein am selben Tag beschlossenes „Vorschaltgesetz“⁴⁵ schuf den rechtlichen

41 Hoffnungsträger des Neubeginns. Interview mit Landtagspräsident Erich Iltgen zur Bedeutung der Runden Tische auf dem Wege zur Demokratie. In: Der Sächsische Landtag, S. 32.

42 BGBl. II, S. 885ff.

43 Vgl. Bekenntnis zum Föderalismus. Aus der Ansprache des Landtagspräsidenten Erich Iltgen zur konstituierenden Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990. In: Der Sächsische Landtag, S. 54.

44 Sächsischer Landtag, Landtags-Drucksache 1990, I/9.

45 Gesetz zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Sächsischen Landtages und der Sächsischen Landesregierung (Vorschaltgesetz) vom 27. Oktober 1990, SächsGVBl., S. 1.

Rahmen für die Arbeit der staatlichen Organe bis zum Inkrafttreten der zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellten sächsischen Verfassung. Nach der Veröffentlichung des „Gohrischer Entwurfs“ am 23. August waren zahlreiche Stellungnahmen eingegangen. Daraufhin wurde der Entwurf im Oktober 1990 von Mitgliedern der zuständigen Arbeitsgruppe wiederum in Gohrisch einer Überarbeitung unterzogen. Am 23. Oktober 1990 konnte das Ergebnis, der „Zweite Gohrische Entwurf“,⁴⁶ der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Insgesamt lagen dem Sächsischen Landtag bei seinen etwa anderthalbjährigen Verfassungsberatungen drei verschiedene Entwürfe vor. Unter Federführung des Verfassungs- und Rechtsausschusses wurden diese von Dezember 1990 bis Mai 1991 diskutiert. Im Juni 1991 wurden die Arbeitsergebnisse veröffentlicht und der Bevölkerung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Daraufhin gingen insgesamt ca. 1 300 Zuschriften ein. Es schlossen sich weitere Ausschußberatungen an, die sich bis in den April 1992 erstreckten. Am 27. Mai 1992 wurde die Verfassung des Freistaates Sachsen schließlich bei 15 Gegenstimmen und vier Enthaltungen verabschiedet. Sie wurde am 5. Juni 1992 verkündet und trat einen Tag später in Kraft.⁴⁷ In ihrer Präambel heißt es, daß sich „das Volk im Freistaat Sachsen dank der friedlichen Revolution des Oktober 1989 diese Verfassung gegeben“ hat.

Resümee

Ich fasse zusammen: Die Bildung des Freistaates Sachsen war ein direktes Ergebnis der friedlichen Revolution. Die Forderungen nach der Rekonstituierung des Landes sowie die Schritte zu seiner Bildung waren integraler Bestandteil des revolutionären Prozesses. Neben Demokratisierung und Liberalisierung war die Föderalisierung eine der Forderungen der Demonstranten seit dem Herbst 1989. Sie wurde unter bundesdeutscher Begleitung in einem spannungsreichen Verhältnis zwischen den Vertretern des SED-Regimes, der ehemaligen Blockparteien und den neuen politischen Kräften umgesetzt.

Die oft erbitterten Auseinandersetzungen um die nachrevolutionären Strukturen führen die These von einer Implosion des alten Regimes ad absurdum. Sie stellen einen wichtigen Teil der friedlichen Revolution dar, der sich in Sachsen in zwei Etappen vollzog. Die erste war bestimmt durch das Bemühen der revolutionären Kräfte, die durch den Druck von der Straße direktdemokratisch legitimiert waren und am Runden Tisch zwar keine Mehrheit, aber in der gegebenen Situation eine gewisse Meinungsführer-

46 Verfassung des Freistaates Sachsen, Gohrischer Entwurf, überarbeitete Fassung, Dresden 1990.

47 SächsGVBl., S. 243ff. Vgl. Heitmann, Geschichtliche Entwicklung, S. 42.

schaft besaßen, sich gegenüber den Vertretern des alten Regimes, im Bezirkstag, im Rat des Bezirkes und am Runden Tisch selbst Einwirkungs- und Kontrollfunktionen zu erzwingen.

Diese Bemühungen hatten einen Teilerfolg. Zwar scheiterten wiederholt Vorstöße, den nicht demokratisch legitimierten Bezirkstag zur Selbstauflösung zu veranlassen, jedoch gelang es, die neuen politischen Bewegungen und den Runden Tisch selbst gegenüber den Institutionen des alten Regimes als Kooperationspartner und Kontrollinstanz zur Geltung zu bringen. Maßgeblich für diesen Teilerfolg war der anhaltende und sich ab Januar 1990 wieder verstärkende Druck von der Straße, mit dem die Demonstranten die Versuche der Regierung Modrow und der SED/PDS zurückwiesen, die alten Machtstrukturen unter möglichst geringen taktischen Anpassungen aufrecht zu erhalten.

Diese erste Phase endete, auch wenn die Bezirkstage zunächst noch weiter existieren durften, faktisch mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, die eine weitgehende Delegitimierung der politischen Vertreter des alten Regimes bewirkte und ein Plebiszit für die Wiedervereinigung und die Einführung demokratisch-föderaler Strukturen auf dem Gebiet der DDR bedeutete.

Die zweite von der Vorbereitung und Herausbildung demokratischer Landesstrukturen bestimmte Phase war in Sachsen durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es hier den neuen politischen Kräften an den Runden Tischen nicht nur gelang, den Vertretungen des alten Regimes (Bezirkstage und Räte der Bezirke) die Zuständigkeit für die Ländervorbereitung zu entziehen, sondern im weiteren Verlauf auch maßgeblichen Einfluß auf die Vorbereitung der Landesgründung auszuüben: weniger durch das Sächsische Forum, in dem die Runden Tische schließlich aufgingen und dessen politische Bedeutung sich vor allem auf Öffentlichkeitswirkung konzentrierte, als durch den von Vaatz geleiteten Koordinierungsausschuß. Dieser behauptete sich auch nach dem 18. März als legitimer Partner der Regierungsbeauftragten bei der Landesbildung. Diese Tatsache – für die die spezifische sächsische Entwicklung der aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen politischen Kräfte wichtig war – behielt eine besondere Bedeutung bei der Errichtung der neuen Strukturen im Freistaat Sachsen.

Durch den aktiven Einfluß der neuen politischen Kräfte unterschied sich die Landesbildung in Sachsen erheblich von der Entwicklung in anderen Teilen der DDR. Wurde die Länderbildung in der Regel von der DDR-Regierung zentralistisch gesteuert, kamen in Sachsen entscheidende, politisch wirksame Impulse von den direktdemokratisch legitimierten politischen Kräften. Diese bestimmten die Landesbildung auch personell wesentlich mit und erhielten bis in die Gegenwart politischen Einfluß im Freistaat.

Die Autoren

Dr. Sigrid Meuschel, geb. 1944, ist Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.

Dr. Michael Richter, geb. 1952, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden.

Dr. Hartmut Zwahr, geb. 1936, ist Universitätsprofessor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Leipzig.

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

Nr. 1: Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

Nr. 3: Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

Böhlau Verlag Köln Weimar

Berichte und Studien

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

Nr. 4: Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995

Nr. 5: Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996

Nr. 6: Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“. Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996

Nr. 7: Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996

Nr. 10: Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996

Nr. 11: Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997

Nr. 12: Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997

Nr. 13: Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998

Nr. 14: Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998

Nr. 15: Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998

Nr. 16: Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998

Nr. 17: Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998

Nr. 18: Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999

Nr. 19: Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999

Nr. 20: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999

Nr. 21: Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999

Nr. 22: Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates, 1999

Nr. 23: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Herausgegeben von Ute Schmidt und Manfred Zeidler, 1999

Nr. 24: Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000

Einzelveröffentlichungen

Nr. 1: Lothar Fritze: Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993 (Olzog)

Nr. 2: Lothar Fritze: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse. Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, München 1993 (Olzog)

Nr. 3: Lothar Fritze: Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997 (Böhlau)

Nr. 4: Jörg Osterloh: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstelllager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941–1945, Leipzig 1997 (Kiepenheuer)

Nr. 5: Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

Nr. 6: Michael Richter, Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 7: Johannes Bähr: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Michael C. Schneider. Ein Bericht des Hannah-Arendt-Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: hait@mail.zih.tu-dresden.de

Homepage: www.hait.tu-dresden.de